

# Volkswacht

für Schlessen · Org. für die werktätige B.

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Kunstkunst“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“ und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, Matthiasstraße 100, sowie durch alle Aussträger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.37 Reichsmark + 8 Pfennig Trägerlohn = 0.45 Reichsmark, monatlich 1.35 Reichsmark + 35 Pfennig Trägerlohn = 1.90 Reichsmark. Durch die Post einschließlich Zustellungsgebühren 2.26 Reichsmark.

Anzeigenpreis: Je Millimeter legt 20 Pf. Familienanzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen bis vormittags 11 Uhr abgegeben werden. — Fernspre. Postfachkonto: Breslau 5552. D.

**AKTIVITÄT**  
**DISZIPLIN**  
**HEINICKEIT**

Einzelnummer 10 Pf.

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt.

so beiliegt

Einzelnummer 10 Pf.

43. Jahrgang

Donnerstag, den 21. Juli 1932

Nr. 169

## Reichsgewalt gegen Preußen

Reichskommissar für Preußen eingesetzt — Absetzung der ganzen preußischen Regierung — Protest Preußens und anderer Länder — Klage vor dem Staatsgerichtshof — Preußen erkennt keine Verfügung als rechtsgültig an — Militärischer Ausnahmezustand über Berlin und Brandenburg — Severing und Grzesinski gewaltsam aus ihren Ämtern entfernt — Grzesinski verhaftet und später wieder freigelassen

Berlin, 20. Juli 1932

Auf Grund des Artikels 48 Abs. 1 und 2 der Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiete des Landes Preußen folgendes:

§ 1.

Für die Geltungsdauer dieser Verordnung wird der Reichskanzler zum Reichskommissar für das Land Preußen bestellt. Er ist in dieser Eigenschaft ermächtigt, die Mitglieder des preußischen Staatsministeriums ihres Amtes zu entheben. Er ist weiter ermächtigt, selbst die Dienstgeschäfte des preußischen Ministerpräsidenten zu übernehmen und andere Personen als Reichskommissare des Reiches mit der Führung der preußischen Ministerien zu betrauen.

Dem Reichskanzler stehen alle Befugnisse des preußischen Ministerpräsidenten, den von ihm mit der Führung der preußischen Ministerien betrauten Personen innerhalb ihres Geschäftsbereiches alle Befugnisse der preußischen Staatsminister zu. Der Reichskanzler und die von ihm mit der Führung der preußischen Ministerien betrauten Personen üben die Befugnisse des preußischen Staatsministeriums aus.

§ 2.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Neudorf und Berlin, den 20. Juli 1932.

gez. von Hindenburg

gez. von Papen

Berlin, 20. Juli.

Zu der Sitzung des preußischen Kabinetts, die ursprünglich um 4 Uhr stattfinden sollte, die Reichskanzler von Papen dann aber auf 5 Uhr angesetzt hatte, ist kein Mitglied des preußischen Staatsministeriums erschienen. Der Reichskanzler war vorher eine entsprechende Mitteilung gemacht worden. In unterrichteten politischen Kreisen rechnet man damit, daß auch die bisher noch amtierenden preußischen Minister daraufhin ihres Posten enthoben werden. Der Reichskanzler als Reichskommissar wird außerdem voraussichtlich auch noch heute abend für jedes Ministerium einen besonderen Kommissar ernennen, und zwar vorläufig, daß eine Reihe von Persönlichkeiten in Aussicht genommen sind, die sich als Staatssekretäre und in ähnlichen Stellen im Reich und in Preußen bewährt haben. Von unterrichteter Seite wird in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß die Anrufung des Staatsgerichtshofes die Durchführung der Notverordnung des Reichspräsidenten nicht aufhalten könne.

### Protest Bayerns

Bayern klagt auch beim Staatsgerichtshof

München, 20. Juli.

Der bayrische Ministerpräsident Heib hat an den Reichspräsidenten folgendes Telegramm geschickt:

Durch die Notverordnung vom heutigen Tage in schwerer Sorge um die verfassungsmäßigen Rechte und die Existenzgrundlage der deutschen Länder teile ich Eurer Excellenz ergebenst mit, daß ich für die bayrische Regierung an Herrn Reichskanzler heute Rechtsverwahrung eingelegt und Entscheidung des Staatsgerichtshofes über die Rechtspflage beantragt habe. In treudeutscher Ergebenheit und Verehrung

Ministerpräsident Dr. Heib.

Das Telegramm an den Herrn Reichskanzler hat folgenden Wortlaut:

Die Einsetzung eines Reichskommissars an Stelle von Landesregierung und die Amtsenthebung von Landesministern ist nach Auffassung des bayrischen Gesamtministeriums mit der Reichsverfassung nicht vereinbar. Die Notverordnung vom 20. Juli berührt verfassungsmäßige Rechte aller Länder und ihre verfassungsmäßige Existenz. Namens der bayrischen Staatsregierung lege ich förmlich Rechtsverwahrung ein. Antrag zum Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich auf Entscheidung der Rechtsfrage ist von uns gestellt. Ministerpräsident Dr. Heib.

München, 20. 7.

An den Staatsgerichtshof in Leipzig hat die bayrische Staatsregierung telegraphisch folgenden Antrag eingereicht:

Namens der bayrischen Staatsregierung beantrage ich für das Land Bayern zu erkennen: Einsetzung eines Reichskommissars an Stelle von Landesregierung sowie Amtsenthebung von Landesministern, wie in der Reichsverordnung vom 20. Juli 1932 vorgesehen, ist mit der Reichsverfassung nicht vereinbar.

Die Verordnung berührt verfassungsmäßige Rechte aller Länder und ihren verfassungsmäßigen Existenz. Zur Begründung des Antrages nehme ich Bezug auf die Erklärung Bayerns vom 9. Mai 1931 im Verfahren vor dem Staatsgerichtshof wegen des Steuervereinfachungs-

## An die Partei!

Der Kampf um die Wiederherstellung geordneter Rechtszustände in der deutschen Republik ist zunächst mit aller Kraft als Wahlkampf zu führen. Es liegt beim deutschen Volke, durch seinen Machtpruch am 31. Juli dem gegenwärtigen Zustand ein Ende zu bereiten, der durch das Zusammenwirken der Reichsregierung mit der Nationalsozialistischen Partei entstanden ist. Die Organisationen sind in höchste Kampfbereitschaft zu bringen. Strengste Disziplin ist mehr denn je geboten. Wilden Parolen von unbefugter Seite ist Widerstand zu leisten. Jetzt vor allem mit konzentrierter Kraft für den Sieg der Sozialdemokratie am 31. Juli! Freiheit!

Berlin, 20. Juli 1932.

Der Parteivorstand.

Von der bisherigen preußischen Staatsregierung wird folgende Verlautbarung veröffentlicht:

Die preußische Staatsregierung nimmt einstimmig zu den heutigen Vorgängen wie folgt Stellung:

I.

Die Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen, dem die gesamte vollziehende Gewalt übertragen wird, widerspricht nach Auffassung der preußischen Regierung der Reichsverfassung.

1. weil kein Anlaß zu einer solchen Maßnahme vorliegt,
2. weil die Einsetzung keine „nötige Maßnahme zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ ist,
3. weil der Einsetz andere Zwecke verfolgt.

Die preußische Staatsregierung wird daher sofort den Staatsgerichtshof anrufen und bis zu dessen Entscheidung den Erlass keiner einstweiligen Verfügung beantragen.

II.

Soweit auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung unmittelbar oder mittelbar durch einen Reichskommissar in Artikel 17 der Reichsverfassung eingegriffen wird, z. B. durch Absetzung von Ministern oder Ernennung neuer Minister, oder in Artikel 63 der Reichsverfassung, wonach die Länder im Reichsrat durch Mitglieder ihrer Regierung vertreten werden, wird die preußische Regierung einen solchen Eingriff als ungültig und nicht vorhanden ansehen.

Wie wir erfahren, sind im Zusammenhang mit der bereits gemeldeten Aktion im Polizeipräsidium der bisherigen Polizeipräsident Grzesinski, Ministerpräsident Dr. Weich und Kommandeur Heimanusberg gegen 3/8 Uhr abends von einem Offizier und zwölf Mann der Reichswehr verhaftet und im Kraftwagen nach der Offiziersarrestanstalt in Moabit überführt worden. Während der Abführung wurden in den Gängen des Polizeipräsidiums von Beamten Handkuffen auf die Republik ausgebracht.

Nachgelassenes. Weite Begründung bleibt vorbehalten. Erbittet Terminbestimmung. Ministerpräsident Dr. Heide.

Berlin, 20. Juli 1932.

Eine Notverordnung des Reichspräsidenten ordnet den Ausnahmezustand für Groß-Berlin und die Provinz Brandenburg an.

Auf Grund des Artikels 48, Abs. 2 der Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Groß-Berlin und Provinz Brandenburg folgendes:

§ 1.

Die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Verfassung des Deutschen Reichs werden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechtes, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechtelogramm-, Anordnungen von Hausdurchsuchungen und von Beschlagnahmungen sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig.

§ 2.

Mit der Bekanntmachung dieser Verordnung geht die vollziehende Gewalt auf den Reichswehrminister über, der sie auf Militärbefehlshaber übertragen kann.

Zur Durchführung der zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen wird dem Inhaber der vollziehenden Gewalt die gesamte Schutzpolizei des bezeichneten Gebietes unmittelbar unterstellt.

§ 3.

Wer den im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenen Anordnungen des Reichswehrministers oder des Militärbefehlshabers zuwiderhandelt oder zu solchen Zwiderhandlungen auffordert oder anreizt, wird, sofern nicht die bestehenden Gesetze eine höhere Strafe bestimmen, mit Gefängnis oder Geldstrafe bis zu 15 000 Mark bestraft.

Wer durch Zuwiderhandlung nach Absatz 1 eine gemeine Gefahr für Menschenleben herbeiführt, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten und, wenn die Zuwiderhandlungen den Tod eines Menschen verursacht, mit dem Tode, bei mildernden Umständen mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft. Daneben kann auf Vermögensentziehung erkannt werden.

Wer zu einer gemeinen Gefahr oder Zuwiderhandlung (Absatz 2) auffordert oder anreizt, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

§ 4.

Die in den §§ 81 (Hochverrat), 802 (Brandstiftung), 811 (Explosion), 812 (Uberschwemmungen), 815, Abs. 2 (Beschädigung von Eisenbahnanlagen) des Strafgesetzbuches mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraften Verbrechen sind mit dem Tode zu bestrafen, wenn sie nach der Verkündung der Verordnung begangen sind, unter der gleichen Voraussetzung kann im Falle des § 82 (Landesverrat) des Strafgesetzbuches auf Todesstrafe erkannt werden; ebenso in den Fällen des § 125, Abs. 2 (Mord), § 126 (Mord), § 127 (Mord), § 128 (Mord), § 129 (Mord), § 130 (Mord), § 131 (Mord), § 132 (Mord), § 133 (Mord), § 134 (Mord), § 135 (Mord), § 136 (Mord), § 137 (Mord), § 138 (Mord), § 139 (Mord), § 140 (Mord), § 141 (Mord), § 142 (Mord), § 143 (Mord), § 144 (Mord), § 145 (Mord), § 146 (Mord), § 147 (Mord), § 148 (Mord), § 149 (Mord), § 150 (Mord), § 151 (Mord), § 152 (Mord), § 153 (Mord), § 154 (Mord), § 155 (Mord), § 156 (Mord), § 157 (Mord), § 158 (Mord), § 159 (Mord), § 160 (Mord), § 161 (Mord), § 162 (Mord), § 163 (Mord), § 164 (Mord), § 165 (Mord), § 166 (Mord), § 167 (Mord), § 168 (Mord), § 169 (Mord), § 170 (Mord), § 171 (Mord), § 172 (Mord), § 173 (Mord), § 174 (Mord), § 175 (Mord), § 176 (Mord), § 177 (Mord), § 178 (Mord), § 179 (Mord), § 180 (Mord), § 181 (Mord), § 182 (Mord), § 183 (Mord), § 184 (Mord), § 185 (Mord), § 186 (Mord), § 187 (Mord), § 188 (Mord), § 189 (Mord), § 190 (Mord), § 191 (Mord), § 192 (Mord), § 193 (Mord), § 194 (Mord), § 195 (Mord), § 196 (Mord), § 197 (Mord), § 198 (Mord), § 199 (Mord), § 200 (Mord).

§ 5.

Auf Ansuchen des Inhabers der vollziehenden Gewalt sind durch den Reichsminister der Justiz an die

# Die Gewerkschaften an die deutsche Arbeitnehmerschaft

Berlin, 20. Juli.

Von den unterzeichneten Gewerkschaftsverbänden wird folgender Aufruf verbreitet:

Die neuesten politischen Vorgänge haben die deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten in große Erregung versetzt. Sie müssen trotzdem ihre Besonnenheit bewahren.

Noch ist die Lage in Preußen nicht endgültig entschieden. Der Staatsgerichtshof ist angerufen.

Die entscheidende Antwort wird das deutsche Volk, insbesondere die deutsche Arbeitnehmerschaft, am 31. Juli geben. Es ist die Pflicht aller gewerkschaftlichen Organisationen und aller Volksschichten, die auf dem Boden der Verfassung und des Rechts stehen, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dafür zu sorgen, daß diese Reichstagswahl stattfindet. Weder der Terror der Straße noch irgend eine verfassungswidrige Diktatur

darf verhindern, daß am 31. Juli das Volk von seinem höchsten Rechte Gebrauch macht.

Die vorbildliche Disziplin der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten ist auch in diesen schweren Tagen unter allen Umständen aufrecht zu erhalten. Wir lassen uns die Stunde des Handelns von Gegnern der Gewerkschaften nicht vornehmen.

Berlin, den 20. Juli 1932.

- Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
- Allgemeiner Freier Angestelltenbund.
- Gesamtverband der christl. Gewerkschaften Deutschlands.
- Gesamtverband deutsch. Verkehrs- u. Staatsbediensteter.
- Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände.
- Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.
- Deutscher Beamtenbund.

ordentliche Gerichte zu bilden. Zur Zukunftigkeit dieser Gerichte gehören außerdem im § 9 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. März 1921 (Reichsgesetzblatt S. 371) aufgeführte Straftaten, auch die Vergehen und Verbrechen nach § 3 der vorliegenden Verordnung.

§ 6.

Diese Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft.

Reudet und Berlin, den 20. Juli 1932.

Der Reichspräsident: gez. von Hindenburg.

Der Reichsminister: gez. von Papen.

Der Reichsminister des Innern: gez. Freih. v. Gaus.

Der Reichswehrminister: gez. von Schleicher.

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 übertrage ich die vollziehende Gewalt für den Bezirk Groß-Berlin und Provinz Brandenburg auf den Befehlshaber im Wehrkreis 3, Generalleutnant von Kundstedt, gez. von Schleicher.

## Warnung vor Provokateure

Bestimmte Umstände, auf die zurückzuführen wir uns vorbehalten, veranlassen uns, eine Warnung auszusprechen. Da und dort treiben dunkle Elemente ihr Unwesen, die es darauf anlegen, zwischen der Schutzpolizei und der Arbeiterschaft Zusammenstöße zu arrangieren. Die Arbeiter haben mit der Abwehr des Naziterrors wahrlich genug zu tun; sie haben gar kein Interesse daran, sich in der Schupo noch einen neuen Feind auf den Hals zu laden. Es ist im Gegenteil, so weit das immer nur angängig ist, besonders jetzt auf ein möglichst gutes Verhältnis zur Schupo das größte Gewicht zu legen. Wenn es in Einzelfällen durch nervöse oder parteiische Offiziere zu Mißgriffen kommt, darf es an Kritik nicht fehlen und muß Remedur geschaffen werden, ehe das allgemeine Verhältnis zwischen der

## Auch das Kabinetts abgesetzt

Der Vorsitzende des Kabinetts der Nazi-Barone hat den preußischen Ministern Hitler, Stieglitz, Schmidt, Schreiber und Grimme am Mittwoch Abend ebenfalls schriftlich mitgeteilt, daß sie ihres Amtes enthoben sind. Die betreffenden Minister waren der Einladung des Herrn von Papen zu einer Kabinettsitzung nicht gefolgt. Deshalb ihre Amtsenthebung, die selbstverständlich auch „im Interesse der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung“ verfügt wurde.

An die Stelle des gewaltsam seines Amtes enthobenen Berliner Polizeipräsidenten Graßmann wurde der Essener Polizeipräsident Melchior gesetzt. Das Amt des Polizeikommandeurs wurde dem Leiter der Polizeischule in Gieße übertragen. Beide Herren haben die ihnen angetragenen Vemtergeru und freudig angenommen. Erst „dienten“ sie Sebering, jetzt dienen sie den Hitler-Baronen.

## Frauen im Gefängnis

Von Guy de Téramond

(Nachdruck verboten)

„Ungehört ist das! Sie verdächtigen mich, daß ich — ich diesen Dolch genommen und ihm in den Rücken gestochen hätte?“ „Nein Gott!“ erwiderte der Beamte, der dieses Entsetzen geschildert ausnützen wollte, um ihr entscheidende Geständnisse zu entlocken. „Ihre Tat entscheidet nicht der sie abschließenden Momente, die Kammerfrau hat uns berichtet, daß der Knüttel, den sie gekannt hätte, einen Grad der Festigkeit erreicht hatte, der sie erschreckt.“

„Wir haben uns gegent — das ist alles.“ „Und als Sie dann allein waren, da begann der Zweifel von neuem, nachdem die Dienstmagd sich entfernt hatten?“ fragte lehnend der Kommissar.

„Nein! Ich bin in mein Zimmer gegangen und das habe ich erst am Morgen verlassen — ich vermutete meinen Mann im Zirkel oder wo anders.“ „Nun! Ich verstehe Ihnen, Madame, daß es falsch von Ihnen ist, wenn Sie auf diesem System der Vertuschung weiter beharren.“ erwiderte in beinahe väterlichem Ton der Kommissar. „Der Fall ist juchbar — aber Strafmaßnahme werden Sie nicht. Ich werde Ihnen sagen, wie die Dinge sich entwickelten.“ Sie hab allein mit Herrn Mangonet — ganz allein in der Wohnung. Sie kamen in sein Arbeitszimmer, er ordnet Papiere — vielleicht solche, die für die Scheidung wichtig gewesen wären: Sie hatten vor Herrn Mangonet die Absicht ausgesprochen.

Frau Mangonet blinzelte überrascht auf die Jore, die Tränen weggab und schrie. „Der Kommissar sah ja: Zwischen Ihnen bricht wieder Streit aus: Er heizert sich zu die früheren Geschehnisse. Er Mann bestimmt sich wahrscheinlich brutal, droht Ihnen, belächelt Sie. Er sieht das auch auf, in dem, wie Sie wissen, kein Mensch liegt. Das ist meine Stellung gegenüber Sie, daß Sie leben gelähmt ist. Sie verlieren den Kopf, wenn die erste Waffe von der Wand, diese Kugel, die ich in unglücklicher Handlung hat wirken kann. Die Tat ist geschehen — die graufige, aber Sie tragen nur die halbe Schuld, denn Sie handelten in Notwehr.“ „Wir werden bezweigen, daß das auch, rechts vom Arm Ihres Mannes, hat ausgegangen.“ „Über das ist keine — Es verhält sich nicht so, wie Sie

sagte haben!“ beehrte die Unglückliche auf. „Wenn ich Ihnen schwöre, ich habe mich in mein Zimmer eingeschlossen und bin erst heute früh wieder herausgekommen! Ich habe gar nichts damit zu schaffen. Nicht, Herr Kommissar! Verzeihen Sie — nicht das mindeste mit diesem verhängnisvollen Mord!“ „Sie werden Ihren abjurden Standpunkt vor dem Richter vertreten.“ sagte hoch der Kommissar. Er argierte sich, daß seine Bemühungen vergeblich gewesen waren. „Ich habe jetzt nur noch eine Pflicht zu erfüllen, Sie zu verhaften.“ „Sie wollen mich verhaften?“ kammelte verzweifelt die junge Frau; unglücklicher Schreden ließ ihre Lippen erzittern. „Holen Sie ein Logis. Wir bringen Frau Mangonet sofort ins Depot!“ erklärte, zum Sekretär gewendet, der Kommissar. „Ich gehe.“ stellte sich die Kammerfrau zu sagen. „Ach meine arme, arme Dame! Wer hätte das heraussehen können!“ Die vier zum sich blinzelnde Habermans Mangonet glaubte, in einem Augenblick zu versinken, aus dem nichts in der Welt sie mehr retten konnte.

### Ein Zelle in Saint-Denis

Madame Mangonet sah in einer Zelle des Saint-Denis zu neuem Tagemeters; ein bloß den Wochhabenden verhängter Verzug. Ihr war zumute, als würde sie von einem jener wilden Träume geweckt, von denen man sich nicht zu befreien vermag. Der ihr gegenüberliegende Gefangene ließ sie nicht aus den Augen. Man hätte meinen können, der Abend dämmerte bereits: ja, trübe lagen die Straßen, da an diesem Oktobervormittag. Sollte das kein Traum sein? Diese schredliche Folge von Vorgängen, die sie physisch und geistig zerrüteten! Als hätte sie Schläge bekommen, so schützte sie sich. Erst die fünfzehn Minuten, wo sie das Zimmer ihres Mannes betreten und den Toten, das Blut gesehen hatte. „Denn die Männer von der Polizei, das Besondere des Arztes.“ Die vielen Fragen, die sie nicht begriff, und die das von Anfang an nicht gestellt wurden, sie in eine Falle zu locken. Darauf die besessene Aussage, die unerschütterlich geblieben, während ihrer Kammerfrau, — und die Kugel, die man ihr entgegengeblendet, die sie so unmerklich traf, daß sie sich nicht einmal übergehend zu verteidigen vermochte. Ein letzter Anblick von Wilber, qualvoll bis zur Anstößigkeit, lagte in ihr in schmerzhaften Hirn — gleich einem Gewir von Halluzinationen, aus dem nur einiges in unerbittlicher Deutlichkeit hervortrat: die Stimme des Kommissars, der mangonet unerbittlich wiederholte: „Verzeihen Sie doch nur! Das ist das einzige, was Ihnen zum Vorteil gereichen wird.“ Darauf hatte sie sich in einem

schmalen Raum gesehen, wo ein Mann Fragen an sie stellte. Sie mußte ihre Personalien angeben: Fabienne Mangonet, geborene Ghéve — 21 Jahre 3 Monate — Witwe — ohne Beruf. Und sie legt das Grauliche dieses finsternen Gebäudes: des Depots!

Sie — Fabienne — die jatte, überfeinerte, von Klein auf an jeden Luxus gewöhnte, in diesem Käfig, wo matte Lichtquellen düstere Wände, verelendete und vertierte Gesichter schauen ließen, wo Blide aufzuckten, welche die Verkörperung habhurghlühter Feindseligkeit waren, wo Stidust oder Gerüche der Desinfektion sich auf die Brust legten. Oh, diese von menschlichem Schweiß erfüllte, feuchenschwangere, immer gleiche Atmosphäre!

Welche Empörung hatte sich ihrer bemächtigt — als sie in einem Geis einer rüchichtslosen, beschämenden Diktation sich unterwerfen mußte! Die Eisenbänne der Schmelze, die jedes Mitgeföhls bar, ohne sie auch nur eines Blickes zu würdigen, ge fragt hatte:

„Keine Zigaretten? Keine Schere?“ Und das Durchdringliche... diese Zelle, in die man sie gesperrt hatte — mit ihrem suchten Boden, wo mei weih was für verdächtige Fäden sich abzeichneten, — die erbärmliche Diebstahle, auf die sie sich setzte, weil es sie anwiderte, darauf sich auszu strecken. Die Stunden, die nicht weiterdrückten, die grau am Tag, grau in der Nacht, alle in dem gleichen Dämmer verronnen und die dumpfe Luft, die sich in die Kleider zu legen, bis ins Innerste zu dringen schien.

Daß sie ihren Bestand nicht schon verloren hätte! Nicht mit ihrem Kopf gegen diese graßlichen Mauern gerannt war! Nach einer kleinen Ewigkeit — von Stunden oder Tagen — Wochen? Muhte sie das? — hatte sich die Tür geöffnet. Ein einziger Gedanke war sichtbar in ihr aufgequillt! Man hatte ihre Schuldlosigkeit erkannt, wollte sie bewachtigen, daß sie gehen könne.

Nein! Sie sollte nach Saint-Denis überführt werden. Und der Mann, der sie begleitetete, jagte zu ihr in einem Tone, als habe sie für diese Dank sehr dankbar zu sein.

Sie brachten ein Logis, benützen und brauchen nicht im Gefängnis zu wohnen.

Fabienne griff sich unwillkürlich an die Stirn. „Ist Wärme — habe das Fieber — phantaziere ich? Ich will die Augen öffnen: ich bin bei mir zu Hause, in meinem Zimmer.“

Es gab Momente, da glaubte sie, der Mahkama habe sie bereits in seinen Fängen: das ganze Wirrwil sei nur eine Ausgeburt ihres erkrankten Geistes. (Fortsetzung folgt.)



**Kleine Breslauer Nachrichten**

**5000 Schweizer Franken geklaut**

In der vorigen Woche hielt sich ein älterer, geistig nicht normaler und entmündigter Handwerksmeister aus Bayern in Breslau zum Besuch auf und hat unter anderem auch mehrere Tage lang in zweifelhafter Gesellschaft in verschiedenen Nachtlokalen und gemieteten Quartieren Entbedungsreisen unternommen mit dem Ergebnis, daß ihm trotz der Zeichen und Gesten, die er machte, 5000 Schweizer Franken in 1000 Franken Scheinen gestohlen wurden.

**Zirkus Straßburger kommt nach Breslau**

Die Zirkusstadt der 1000 Wunder — 500 Tiere — 500 Menschen  
Das Haus der Superlative — Rang entbehrte, echte Zirkus-Kunst — Straßburger schlesischer Landsmann

„Straßburger kommt!“ Diese Kunde wird nicht nur unsere Stadt, sondern ganz Schlesien in Freude versetzen. Im Jahre 1926 bereiste Straßburger das letzte Mal Schlesien und zwar mit einem Erfolg, der bisher noch von keinem anderen Zirkus übertriffen werden konnte. In den letzten Jahren warb „unser“ Straßburger in fast allen europäischen Staaten für das Deutschstum und speziell für unsere enge Heimat, Schlesien, durch seine überall Aufsehen erregenden Gaskspiele.

Straßburger, der das ausschließliche Tagesgespräch in jeder Gaskspielstadt bildet, ist Europas ältestes Zirkus-Unternehmen. Wer Straßburgers Riesenschau von Jahren einmal sah und sie heute wieder erlebt, wird erstaunt sein und überwältigt werden von den großen Fortschritten auf dem Gebiete zirkusmäßiger Kunst und modernster Technik. Am Vorabend noch in einer Stadt spielend, trifft das Unternehmen mit mehreren Extrazügen seinerzeit in Breslau ein, um innerhalb fünf Stunden seine ganze Zirkusstadt aufzubauen. In über 100 eigenen Wagen führt das Unternehmen 500 Tiere mit sich, darunter 150 edelste Kassepferde, eine ungeheure Zahl von Raubtieren und eine Unmasse lebender exotischer Tiere.

Straßburger nennt man mit Recht den Bau der 1000 Wunder. Kaskadengleich wird an unseren Augen eine buntwirbelnde, seltsame höchste Kunst, tollkühnen Wagemut verzauberte Schau größer und schöner als die andere. Klassische Dressuren, exotische Pagen, chinesische Gaukler, jidakritanische Pyrate, ein besonders grandioses Schauspiel: die fliegenden 8 Leuzli hoch oben im Nordel der Zirkuskuppel, atemberaubende Luftakte, Märchenstücke, die berühmten 5 Charivaris, eine Clowntruppe von höchster Originalität, römische Kampfspiele, Raubtierdressuren unüberkroffener Art mit tobenden und ringenden Löwen, radfahrenden und röllschuhlaufenden Bären, prima Eisbären, Reitertruppen aus Kaukasien wilden Steppen, großartige Elefantendressuren, traditionelle „Hohe Schulen“, kalifornische Seelöwen, fabelhafte Jodels, zoologische Schaulstücke ersten Ranges, ukrainische Nationaltänzer und Tänzer, Ritzfablen, Negel, Maroffaner, Araber, als verwegenste Springer und Pyramidenbauer der Welt — kurz: Straßburger ist als Maßstab für Aufmachungen und Leistungen das Haus der Superlative.

Aber auch das praktische Leben kommt zur vollsten Geltung, wenn Straßburger seine Zirkusstadt aufschlägt. Enorme Mengen an Bedarfsartikeln aller Sorten werden benötigt, und zwar täglich 2-3.000 Kilogramm Pferdefleisch, 1500 Kilogramm Heu, 200 Kilogramm Stroh, 100 Kilogramm Hafer, 300 Kilogramme Kleie,

3 Waggons Sägemehl, dazu Reis, Mästen, Brot, Milch, Zucker, Früchte, technische Bedarfsartikel u. v. a. m. Wir werden auf das bevorstehende Ereignis zur gegebenen Zeit nochmals zurückkommen.

**Hundsfunktorer!**

Unter Reichstagskandidat, Chefredakteur Karl Wendemuth, Walzenburg, bisheriges Mitglied des Reichstages, spricht am Donnerstag von 19.35—20.00 Uhr auf dem schlesischen Sender über: „Die parlamentarische Arbeit der deutschen Sozialdemokratie.“

**Alle Mitglieder des „Männerchor Breslau“**

treffen sich am Sonntag, den 24. Juli, vormittags 9.30 Uhr, vor dem Zirkus-Busch-Gebäude.

**Wappenhof-Varieté**

Auf der Morgenauer Varietébühne stellt sich wieder eine Truppe erstklassiger Kräfte vor. Die Sanley-Truppe, die am dreifachen Red arbeitet, bringt ebenso waghalsige Tricks, wie die 2 Myrons, die ihre Darbietung ohne Hebertreibung als besten Fußballact der Welt bezeichnen und tatsächlich mit bisher nie gezeigten Leistungen aufwarten. E. und J. Ray jonglieren mit allen möglichen Dingen, während sie zugleich sehr aerobische Dinge auf der Stirn balanzieren: Körperkraft und Schönheit bringen die 3 Berberows mit ihren Gladiatoren-Kleinigkeiten auf die Bühne und die Betätigung Stroby's auf dem Spannfeld ist geradezu verblüffend und nicht mehr zu überbieten. Daneben holt sich das Professor-Balogh-Trio mit seinen wirbelnden musikalischen Genüssen köstlichen Applaus und Milbitz der Rechentanzler von Format vermag es ausgezeichnet, sein Publikum ins Staunen zu versetzen. Max Wendler macht allerlei Humor und ist auf dem Gebiete zweifellos perktier, als mit seiner theatralischen angeblich unpolitischen Deklamation über das Thema „Freiheit die ich meine“.

**Silberhochzeit**

feiert der Maurer Franz Müller und seine Ehefrau, Müller ist langjähriger Parte- und Gewerkschaftsmitglied und langjähriger Leier der „Volkswacht“. Wir gratulieren!

**Eine Grenzland-Wandereinfahrt nach Korzen-Trachenberg**

veranfastet der Schlesische Verkehrsverband am Sonntag, dem 24. Juli 1932. Abfahrt Breslau Hbf. 6.16 Uhr, Kitzlauer 6.24, Pöpelwitz 6.28 Uhr. Sonntagsfahrkarte Trachenberg 2.60 Mark bzw. 2.40 Mark bzw. 2.30 Mark. Rückführung Korzen 40 Pf. Treffpunkt Bahnhof Korzen. Herzliche Waldbalnwanderung in Grenzlande nach Korzen und Charlottenberg. Am Rande des Trachenberger Fischgebietes und an der Barisch entlang durch den Schloßpark nach Trachenberg. Historisches Schloß, Wasserburg, Staupe! Badegelegenheit und Mittagessen, Abendspaziergang im Park, nach Trachenberg. Rückfahrt 20.28 Uhr an Breslau Hbf. 21.41 Uhr. Etwa sechs Stunden Wanderung, an der sich jedermann beteiligen kann.

**Autobusfahrt ins Culengebirge**

Der Schlesische Verkehrsverband veranstaltet am Sonntag, den 24. Juli eine Autobusfahrt über Schweidnitz, Arnau (Befreiung der Arnau) nach der Grenzbaude. Anschließend Wanderung über Hohe Culen, Siebenkurstjen nach Wüstwalters-

dorf. Sämtliche Teilnehmer sind vom Verkehrsamt Culengebirge zum Nachmittagsessen in der Bremengrundbaude eingeladen. Preis für Hin- und Rückfahrt 5.75 Mark. Rückfahrt 7 Uhr Breslau. Fahrkarten sind in der Geschäftsstelle des Schlesischen Verkehrsverbandes, Gartenstraße 96, I und Schweidnitz, Straße 43, II, Summerei, werktäglich von 8—19 Uhr zu haben.

Zeugen gesucht. Die am Freitag, den 14. Juli, mittags zwischen 11.45 und 12 Uhr Ecke Garvestraße und Ohlau über den Verkehrsunfall gesehen haben, bei dem ein Radfahrer von einem Auto überfahren wurde. Gef. Zuschriften an Weis, Brodow Walterstraße 2. Anstoßen werden erseht.

**Arbeiter-Sport**

**Touristen-Verein „Die Naturfreunde“**

**Ortsgruppe Breslau**  
Donnerstag ist statt der Vereinsversammlung eine Wanderung. Treffpunkt Bahnhof um 20 Uhr. Dort sind die Teilnehmer für unsere Krauzwagenfahrt in das Riesengebirge am 7. August zu haben. Preis der Karte für Hin- und Rückfahrt 3.20 Mark. Die Fahrt geht bis Krummhübel, von dort Aufstieg in vier verschiedenen Parteien zum Ramm und von dort Wanderung in unser schön gelegenes Czanzhaus in der Langwasser. Rückfahrt 18 Uhr. Abfahrt morgens 8 1/2 Uhr. Sehr willkommen. Meldungen bei Freund Merin, Ottostraße 2.

**Wasserversorger**

Freie Schwimmer Breslau. Alle Handballer heute 20 Uhr im Poseidonbade wichtige Besprechung. (Wassersport).  
Rettungswache am 24. Juli an der oberen Waage 1: Krotke, Stein. Waage 2: Rusch, Labitze. Waage 3: Fabian, Dehmel.

**Wasserstand**

Rathbor	21.7	20.7	Kamern (Unter-Vegel)	2.34	2.34
Neisse (Stadt)	1.12	1.30	Dübnerfuch	3.75	3.75
Neisse (Land)	0.57	0.50	Usluhmenge	1.03	1.03
Brieg (Krosenkan)	1.84	1.90	Küstenberg vom 20. 7.	0.63	0.63
Brieg (Krosenkan)	2.10	2.37			
Trebitz	1.00	1.14	Wassermenge	20.5	20.5

**Zünftlicher Wetterdienst**

des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Kriemhild

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten)  
Bei anhaltendem Zustand maritim-subpolarer Luftmassen herrscht in Mitteleuropa weiterhin wechselnd bewölkt für die Jahreszeit kaltes Wetter. Auch bei zeitweiliger Aufhellung überwiegen die Mittags-temperaturen 20 Grad nur wenig, und weiterhin kommt es vereinzelt zu leichten Schneeniederschlägen.  
Wassichten für das schlesische Flachland und Mittelgebirge:  
Bei westlichen Winden wechselnd bewölkt mit einzelnen meist leichten Schauern, auch tagsüber nur mäßig warm.  
Wassichten für das schlesische Hochgebirge:  
Zeitweise aufströmender West- wechsellende vorwiegend fürkere Bewölkung, noch immer einzelne Schauer, kühl.

Sonnenaufgang: 4.3 Uhr, Sonnenuntergang: 20.9 Uhr.

**Samlen-Anzeigen**

Am 18. Juli verstarb unser wertiges Mitglied, der Pensionär

**Karl Garn**

im Alter von 79 Jahren.  
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm  
Die Mitglieder der Schärpenkasse  
des Gaswerkes Dürrgoy.

Beerdigung: Donnerstag, den 21. Juli, 13.30 Uhr, von der Leichenhalle des Bernhadin-Friedhofes.

**Deutscher Bauwerksbund**

Am 18. Juli 1932 verstarb unser langjähriges Mitglied, der Dachdecker

**Karl Kirchner**

im Alter von 62 Jahren.  
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm  
Die Mitglieder der Bauwerksgesellschaft Breslau.  
Beerdigung: Freitag, 22. Juli, 15 Uhr, vom Trauerhause in Stabelwitz, Deutsch-Lissner Straße 321 aus.

**Touristen bevorzugen**

als  
**Ausgangspunkt für Wanderungen**  
**Neurode im Eulengebirge**  
Gute Verpflegung, gute Nachtquartiere, beste Postautobusverbindungen nach allen Teilen des Eulengebirges. Prospekte gratis durch das  
Städtische Verkehrsamt  
in Rathaus Neurode im Eulengebirge

**Bettfedern**

**laufen Vertromenofache**  
der Köhningen Bettfedern-Niederlage  
**Friedrich-Wilhelm-Straße 45, I. Etg.**  
**Kein Laden!**

**Uhren u. Goldwaren**

Spezialität:  
**Feingoldene Frauengürtel**  
**Paul Alter**

Telephon  
341 57/8

**76 Waggon Wein = 383 776 Liter**

wurden innerhalb eines Jahres eingeführt durch

**Weinhaus Herzberg & Co.**

In folgenden Geschäften erfolgt der Verkauf zu billigsten Preisen:

Hauptgeschäft: HofstraÙe 48  
Füllalen: Bismarckplatz 17-18  
Michaelsstraße 5  
Leibnizstraße 10  
Klosterstraße 14  
Selenkestraße 17  
Füllalen: Frankfurter Straße 103  
Gnauerstraße 7  
Niederlage: Gräbischer Straße 66  
Brockau, Bahnhofstraße 6

**Vom FaÙ das ganze Liter:**

<b>Mosel — Rhein — Pfalz</b>	<b>Wermut — Kräuter — Heilweine</b>
Das ganze Liter	Das ganze Liter
Oberharder, zur Bowle .. 0.70	Wermutwein, deutsch .. 0.70
Dürkheimer, rot .. 0.85	Wermutwein, extra stark .. 0.90
Godramstedter .. 0.85	Wermutwein, italien. .. 1.20
1930er .. 0.85	Kräuterwein .. 0.85
Edelheimer StraÙe .. 1.-	Gewürzwein .. 0.80
1929er .. 1.-	Papawein, magenstärkend .. 1.00
Eilsener Mark 1930er .. 1.-	Baldrianwein, gibt Schlaf .. 1.00
Rotwein, span., sehr fein .. 1.10	

**SüÙe SüÙweine**

Das ganze Liter
Muskateller .. 1.-
Dezerwein, rot .. 1.-
Mal. Dezerwein, 22% .. 1.20
Tarragona .. 1.-
Malaga, goldgelb .. 1.20
Samos, vollsäÙ .. 1.40
Sherry, mild gereimt .. 1.00
Ungarischer SüÙwein .. 1.50
Dezer-Periswein, raug .. 2.-

**Obstweine**

Das ganze Liter
Cyder, süÙ (Malvino) .. 0.55
Haidelbeerwein, süÙ .. 0.70
Johannisbeerwein, süÙ .. 0.70

**Fruchtsäfte**

Das ganze Liter
Himbeersaft .. 1.20
Zitronensaft, natur. .... 1.-
Orangeade .. 1.40

Trankessig .. p. Flasche 1.00

ObstsäÙ .. p. Flasche 1.35

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß ein Liter ca. 1 u 1/2 Rheinweinflasche füllt. Literflaschen, Korbflaschen und Fässer lothweise  
Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer und Festlichkeiten aller Art.

**Möbel-Gelegenheitskaufl**

Gute, geliebte Möbelstücke, modern und preisgünstig. Reparaturen, Restaurationen, Tischdecken, Tischwäsche, Bettwäsche, Kleider, etc. etc. alle Gebrauchsgegenstände, so oft speziell zu verkaufen  
**S. Brandt & Co.**  
Gartenstraße 63, I. (neben Capitol)

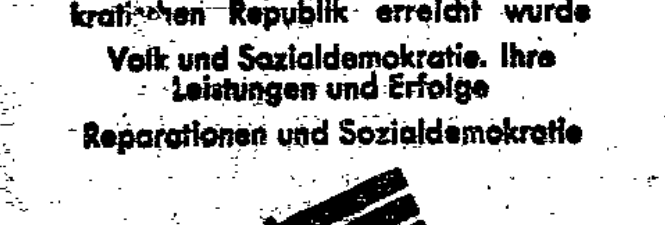
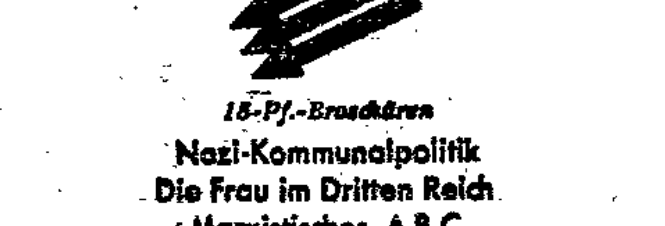
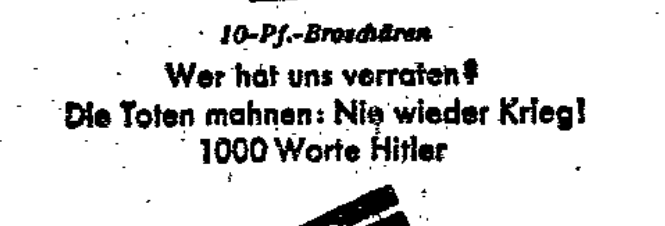
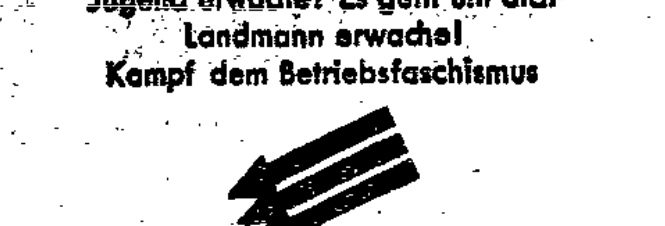
**Urania**

12 Monatshefte  
mit 6 Büchern  
Das vollständige  
Kochbuch  
1 Mark 10 Pf.  
12 Monatshefte  
mit 6 Büchern  
Das vollständige  
Kochbuch  
1 Mark 10 Pf.

**WAPPENHOF**

**Das Tagesgespräch Breslaus**

Ist das 2. Juli-Programm 2200  
2 Myrons / Sanley-Truppe / L. u. F. Ray / Milbitz  
Max Wendler / Strody / 3 Berdorow's  
Professor Balogh-Trio / Wappenhof-Wocho  
4.45 Uhr **Täglich** 8.30 Uhr  
(Sonabend nachmittags keine Vorstellung)  
Eintritt: Wochentags nachmittags 25 Pfg., abends 50 Pfg.



Reparaturen und Sozialdemokratie  
Diese Aufklärungs- und Kampfschriften sind erhältlich bei  
**Volksrecht-Buchhandlung**  
Breslau, Flurstraße 4.

**Vertaufe billig**

- 1 Kinderwagen,
- 1 Wagenschwabenwagen,
- 1 geb. Dammerod,
- 1 Schreibpult 5 Mk.

**Gucken Sie Geld**

wie 1, 2, 5 Pfg., Bekleidungsgegenstände, etc. etc.  
Erstank, an, an,  
Hohenhofstraße 10

**Wanze**

und Bruternichtung, etc. etc.  
Erstank, an, an,  
Hohenhofstraße 10

**Arbeitsmarkt**

Zum sofortigen Eintritt  
ich einen kräftigen, intelligenten  
Jungen als  
**Bäckerlehrling**  
Beding. 1. Klasse Volkshochschule  
Luft 3. Bäderhandw. Schloß  
Bewerb. mit Jung. Lebenslauf  
Alex. Kaufmann,  
mtr., Heibersdorf Str. 10

**Kleine Anzeigen**

aus tausend guten  
Kaufgeboten a a a a a  
Schweidnitz, Dorf 6 Pfennig  
Klein, Glasfenster, etc.  
empfangen mit erstklassigen  
Leistungsfähigkeit (neu) 90 Pf.  
Schöps, Fichtstraße 2, IV.  
Kinderwagen, fast neu,  
Schwafstr. 68, IV. 1. u.  
mittags 5-8 Uhr.

**Die kleine Anzeigen**

Die kleine Anzeigen  
die Du aufgeben  
wenn Du nicht  
kaufen und lernen  
gerät in Deine Zeitung  
in die Volksmacht  
Dort ist der billigste  
In der bürgerlichen  
und bringt Dir  
**bestimmte Erfolge**

## Großstadt in fiebernder Anstrengung

Der Verlauf des 20. Juli in Breslau — Unruhe in der City — Abwartende Ruhe in den Verbänden — Extrablatt-Büchse — Ein hundsgemeines Flugblatt der KPD.

Der Juli scheint zum ereignisreichen Monat werden zu wollen. Vor einem Jahre da gab es auch eine erregte Stimmung, die der gestrigen äußerlich gleich. Damals ging es freilich nach dem Bankenzusammenbruch um andere Dinge, als gestern.

Die Ereignisse der diesjährigen Julitage sind viel bedeutender und umfangreicher, denn die letzten Blutsonnige, die Angriffe der braunen Gardien gegen Angehörige der Eisernen Front besonders in Schlesien haben die gesamte Arbeiterschaft mobil gemacht.

Als es gestern mittag „Extrablatt, Extrablatt!“ durch die Straßen Breslaus hallte, da brauchte die Kunde von den Zwangsmassnahmen der Reichsregierung gegen unsere Genossen Braun und Severing nicht viel Zeit, um bis in die letzte Protestenstraße zu dringen.

Die Disturberflugs, die sich seit Tagen um die Anschlagstätten bilden, sah man bald an allen Straßenecken. Wenn Herr v. Wapen oder Herr von Schleicher einmal heimlich still und leise im schlichten Zivilrock unter Volk gegangen wären und sich dessen Meinung angehört hätten, wären sie sicher nicht freudeerschauend davongegangen.

Schon nach den ersten Meldungen gab es in der Zentrale der Breslauer Arbeiterbewegung ein ständiges Kommen und Gehen. An den Zeitungsschauenstern hielten sich die Menschenmassen, in der Erwartung, weitere Neuigkeiten über den Stand der Dinge zu erfahren. Überall aber kam der Protest der Werktätigen zum Ausdruck, die hinter Braun und Severing stehen. Lediglich in der Trebnitzer Straße fertigte man ein Extrablatt, in dem man die Haltung unseres Genossen Severing als ein „neues raffiniertes Betrugsmanöver“ bezeichnete und die schändliche Bemerkung hinzufügte: „Die Severing, Erzengel, Schönfelder und Eggert haben ihre Polizeigewalt in den Diensten zur Durchführung der faschistischen Hungerdiktatur eingesetzt.“

Man kann mit den Kommunisten, wenigstens mit ihren Schreibern nicht rechten. Die Anhänger der KPD beurteilt die Dinge wie die Erfahrung schon so oft gelehrt hat, wesentlich anders, wie die ruhelosen Prediger der „Einheitsfront“, die über das Reden nie hinauskönnen.

Auch die Zünger des Dritten Reiches machten sich bemerkbar. In den diversen braunen Häusern und den Kongresszentralen, deren Zahl in Breslau inzwischen so gestiegen ist, daß auf 10 Mann ein Bönse kommen dürfte, gab es auch Zusammenkünfte, denn auch die Nazis wollten wissen, ob das nun endgültig das Dritte Reich oder das „neue System“ ist. Manchem kamen nämlich Zweifel, denn man hatte doch bisher immer jenseits von den diversen Freiheiten gehört, zu denen der Belagerungszustand wie die Faust aufs Auge paßte. Und auch der Extrablattmeldung der Nazizeitung, die bombastisch die Zusammenstellung einer reichsweitren Schutz-Offiziershundertchaft kund tat, die ins Regierungsviertel Berlins einrückt um Severing zu verhaften, glaubten selbst die eingeschworenen Hitlerianer nicht so recht.

Der Betrieb in den Straßen der Innenstadt entsprach der Bedeutung der Ereignisse. Als das zweite Extrablatt der „Volkswacht“ mit Berichten über die letzten Vorgänge und dem Befehl an die Mitglieder der Eisernen Front erschien, das reichenden Absatz fand und in den proletarischen Wohnbezirken unentgeltlich verteilt wurde, wich zunächst die Ungewißheit.

Auch sonst gab es kleine interessante Beobachtungen. In den Abendstunden fuhr vor dem Wehrkreis-Kommando in der Gabisstraße ein Kraftwagen vor, dem zwei uniformierte Nazigrößen entstiegen, die geschäftig in das Gebäude eilten, nach einiger Zeit wieder herauskamen und dann sofort anschließend einen weiteren Besuch der Kaserne in der Kurassierstraße abtäteten. Was sie dort gemacht haben?

Ein Wikbold meinte, daß sie die Kriegserklärung der SA überbringen, da doch die Nazis zur Zeit mit der Lösung: „Brüning, Wapen (und Schleicher) alle gleich, Hitler schafft das dritte Reich!“ haustieren gehen, obwohl sie ihnen niemand glaubt, weil ja den „Schleichen Zeitungs-Nazis“ inzwischen eingeblect wird, daß Wapen das „neue System“ sei.

Am Oberpräsidium gab es auch heftige Debatten, wobei es auch zu einer kleinen Kloppelei gekommen sein soll. Da ein Verleher in die Wache im Präsidiumsgebäude geschickt wurde, fanden sich bald einige Nazis ein, die Sturmangriffsbefehle ausherten. Wahrscheinlich bildeten sich einige der Deutschen ein, sie würden den Oberpräsidenten gefangennehmen können.

Die Neudorfstraße prangte im Schmutz einiger Lastkraftwagen, die vor dem Braunen Hause vorgefahren waren und Kraftmeierei vortäuschen sollten. Die SA-Gardisten erhielten Befehl, die schöne, neue, braune Notverordnungsjacke mit dem künftigen Zivilrock zu vertauschen, in dem sie heute in den frühen Morgenstunden heimwärts wandten.

Der 20. Juli 1932 und seine Ereignisse werden nicht ohne Wirkungen bleiben, was wir am 31. Juli am besten feststellen dürften.

Ueber die gestrigen politischen Ansammlungen gibt die Polizei folgenden amtlichen Bericht heraus:

Am Mittwoch in den Nachmittagsstunden bildeten sich in der Bischof- und in der Albrechtstraße verschiedentlich kleinere Ansammlungen, die durch die Polizei zerstreut wurden. Zu besonderen Zwischenfällen ist es nicht gekommen. Gegen 17 Uhr entstand eine Schlägerei zwischen einem Angehörigen des Reichsbanners und einem solchen der NSDAP. Die Beteiligten wurden zum Zwecke der Personalfeststellung in die Wache des Oberpräsidiums in der Albrechtstraße gebracht. Hierbei bildete sich eine Ansammlung, die sich aber auf Auffordern der Polizei wieder zerstreute. Weitere Ansammlungen haben im Laufe des Nachmittags auf verschiedenen Plätzen der Stadt stattgefunden. Anlaß hierzu bot ein von der KPD angebrachtes Plakat. Diese Plakate wurden von der Polizei beschlagnahmt.

## In der Vesperpause nach dem Zobten Ein kurzer Zobtenbesuch in tausend Meter Höhe

Der „Flugdienst Breslau“ bekam dieser Tage seine neue Junkers 13-Maschine und ich von ihm die freundliche Einladung, mit dieser Maschine einmal des Nachmittags, so „zwischen vier und fünf“, also gewissermaßen in der Vesperzeit, schnell mal mit über den Zobten zu fliegen. Man überlegt, hat in dieser Waghzeit so viel zu tun und als man feststellt, daß die Straßenbahnfahrt hin zum Flugplatz die größte Zeitaufwendung darstellt, daß man schneller über dem Zobtenberggipfel als draußen im Flughafen ist, sagt man gern zu.

Es ist nicht das erste Mal, daß ich mit dem Leiter des Flugdienstes, Herrn Prziwilla oder mit einem seiner Piloten flieg, diesmal reizte seine neue Maschine und die Besonderheit der Fahrt. Also los. Die Maschine, ein Tiefdecker, Verkehrsflugzeug mit einer vierstigen Kabine, die ich diesmal gern misse, da der Platz neben dem Piloten frei — in doppelter Beziehung — ist. Herr Biel, einer der erfahrensten und dienstältesten Breslauer Piloten ist am Steuer, nur wenige Hebelgriffe, der Motor springt an, der Propeller knattert los. Mit dem bei jedem Fluge immer wiederkehrenden Gefühl von Bekommenheit und erwartungsvoller Freude geht es leicht springend über das Rollfeld und kaum daß man es bemerkt in die Höhe. Da ist man auch schon über den Bäumen und über den Häusern von Schmiedefeld. Noch einige Sekunden, einige hundert Meter höher und unter uns wieder das übliche Bild: Landschaft aus der Vogelperspektive. Die Bekommenheit ist schon längst gewichen und vorherrschend ist die absolute Sicherheit Raum gegeben und vorherrschend ist die Freude, Welt und Menschen von hier oben aus betrachten zu können. Alles Kleinliche, menschlich Allzumenschliche, all die

# Und Sonntag

vormittags 10 Uhr, spricht trotz des auf ihn verübten Attentats

# Otto Bauer

Wien

Bitterkeit, die uns da drüben jüdisch in der heutigen Zeit bedrückt, hier oben kennt man nur eins: das herrliche Gefühl der Freiheit. Wann werden es auch die Menschen da unten auf der Erde kennenlernen?

Zu solch philosophischer Betrachtung ist aber hier oben keine Zeit. Die Landschaft da unten jesselt. Ist da nicht diese sauber ausgeräumte Spielzeughachtel Deutsch-Wiesla, heute also der letzte Ausläufer Breslaus nach Westen hin? Und gerade, daß wir es noch sehen konnten, fliegen wir schon die Weisitz, das Schalketal entlang. Schöner bewaldeter Fluglauf. Ziel mancher Stunden schöner Wanderung, in einer Minute haben wir manche Tagespartie an diesen Ufern überflogen. Mächtig blüht uns in dieser Höhe der Wind um die Ohren, auch die Maschine bleibt — wir sehen es an den Schwankungen der silberglänzenden Tragflächen — davon nicht unberührt. Aber der erfahrene Pilot gleicht es sofort durch größere Geschwindigkeit, durch Hinaufgehen in größere Höhen aus. So geht es wieder in ruhigem Flug über das von hier oben so herrlich anzusehende kleine Landstädtchen Rantzhinweg. Selten ein Ort, der in solch schöner Symmetrie aufgebaut wurde. Es lohnt sich schon, hier über diesem Ort in fast tausend Meter Höhe eine wundervolle Kehre zu machen. Grad wollen die Gedanken wieder von den landschaftlichen Eindrücken abzuweichen, als sich wieder, inmitten herrlicher Waldungen der Herrenflüchters, das Schloss Kriebitz zeigt, als wir mit 190 Kilometer Geschwindigkeit auf das Massiv des Zobtenberggipfels losfliegen. Da sind wir schon über der aufgerissenen Erde bei den Gorkauer Steinbrüchen, da ist Rosalienthal, der Kleiner und all die herrlichen Waldwege, die wir so oft gegangen sind. Das Ganze ein prachtvolles Relief, wie wir es mitunter in Museen und Bänden antreffen. Nur viel übersichtlicher. Der wissenschaftliche Wert der heutigen Fliegerei wird uns in einem Bruchteil einer Sekunde klar. Unsere Wäde aber bleiben haften — nein, laufen vorbei an Tampadel, der einlaunen Geiergucke und schon sind wir dreihundert Meter über dem Zobtenberggipfel. Trotz klarem Tiefblick können wir kaum einen Menschen hier oben auf diesem Bergplateau entdecken.

Nach einer schwingend geschwungenen Schleife müssen wir bereits wieder von diesem schönen Stückchen Schlesien Abschied nehmen und im Fluge — das ist hier keine Phrasie — geht es wieder hinein in das Flachland. Nun schauen wir auch einmal über und neben uns und steuern uns an den fast noch schneller als wir dahinsausenden Wolken und Wölkchen in dem klaren Blau des Juli-Nachmittags. Schachbrettartig ausgebreitete Felderflächen, niedliche Dörferchen, einschließlich des für radfahrende Menschen immer so langen Rogau, schnurgerade Landstraßen. Aber kaum, daß wir Zobten verlassen haben, sehen wir von hier oben ebenfalls recht winzig den neuen Rothjühener Sender und schon taucht das Dürgoyer Gaswerk unter uns auf.

Wir sind in Breslau. Schon von der Streckener Vorstadt erkennen wir den ausgedehnten Komplex der Zimpeler Siedlung, überfliegen die durch Bühnen ausgehachte Oder, die zusammengebrängte Altstadt. Klar liegt vor mir das ganze Stadtbild, so lauber hingelegt, daß ich in diesem Dahinsausen meine kleine Straße in der Obervorstadt erkennen kann. Rasch, aber ohne jedes beängstigende Gefühl, geht es in die Tiefe. Da ist die Heller-Siedlung, da streifen wir schon die Baumkronen und sicher und ohne die geringste Erschütterung rollen wir wieder auf das Flugfeld. Ein kurzer Händedruck dem tüchtigen Piloten und wir sitzen wieder, nach einer reichlichen halben Stunde, im angenehmen Garten des Flughafen-Restaurants. (Der Kaffee, den wir vor dem Abflug stehen ließen, ist gar nicht richtig kalt geworden.) Nur allzu gern würden wir an diesem schönen Tage weiter hinaus ins schlesische Land geflogen sein. Aber wie gesagt, wir wollten ja nur zur Vesperpause hin nach dem Zobten.

- Freitag, den 22. Juli, 20 Uhr, bei Wittke, Zimpeler Straße:  
**Abteilungs-Frauenversammlung**  
Redner: Genosse Winger.
- Donnerstag, 21. Juli, 20 Uhr, „Deutsches Haus“, Deutsch-Wiesla:  
**Öffentliche Kundgebung**  
Redner: Genosse Kulioczynski und Genosse Swolinski.  
„Einheitsfront gegen Hitlerbarone“.
- Eiserne Front**  
Freitag, 20 Uhr.  
Engwicht, Schmiedefeld  
Öffentliche Kundgebung  
Redner: Genosse Schiffer
- Freitag, den 22. Juli, 20 Uhr, bei Engwicht, Schmiedefeld:  
**Öffentliche Kundgebung**  
Redner: Genosse Gustav Schiffer.
- Öffentliche Frauen-Abteilungs-Versammlung**  
Gräßchen-Kleinburg (Distrikte 2, 35, 36, 38)  
Freitag, 22. Juli, 20 Uhr, Jägerhof, Gräßchener Str. 181.  
Parole: Letzte Entscheidung!  
Ansprache: Gen. Jda Wolff-Brieg, Mafst, Sprecher der Roten Falken, Einzelregulationen, Wahleroue der Arbeiterjugend. Keine Genossin darf fehlen. Jede bringt Gäste mit.

# So muss sie sein



voll im Format und mild im Geschmack, die Qualitäts-Zigarette für die 3/4-Raucher.

So kann sie sein, weil sie eine Schöpfung der Bulgaria ist.

# Bulgaria Sport, die 3<sup>1</sup>/<sub>3</sub> der Bulgaria

6 Zigaretten 20 Pfg. mit Sport-Photos

Der Brotkorb der Arbeitslosen

Hitler hängt ihn ab heute höher

Die SA. hat ihre Treffen, und das Volk hat nichts zu essen, und unter dem Volk am allerwenigsten die Arbeitslosen.

Hunderttausende werden ohne oder fast ohne Unterstützung bleiben.

wenn man einen letzten Hungergroßhaken, der vielleicht da und dort noch von der Wohlfahrt gegeben wird, noch Unterstützung nennen will. Hunderttausende! Das ist keine Übertreibung.

Wenn da und dort ein Arbeitsloser zunächst noch zu seiner Unterstützung den alten Unterstützungssatz erhält, dann nicht infolge irgend einer Milderung, sondern lediglich aus dem einfachen Grunde, weil die Städte mit der Durchführung der Hilfsbedürftigkeitsprüfung nicht zu Rande kommen.

nichts anderes als grausames Unrecht gegenüber Tausenden von Arbeitslosen

Der Prüfer, der auf Grund der neuen Unterstützungsrichtlinien in dem Haushalt des Arbeitslosen Ermüdungen einsetzt, hat bis zu 50, ja vielleicht bis zu 100 Prozent des Gehalts eines Arbeitslosen in der Hand.

Die Regierung hätte gern, als sie davon hörte, daß die Durchführung der Hilfsbedürftigkeitsprüfung in vielen Städten unmöglich bis zum Beginn der Unterstützungsprüfung bewältigt werden kann, sozusagen aus der Not eine Tugend gemacht und das Inkrafttreten der Unterstützungsprüfung bis nach den Wahlen verschoben.

Der Brotkorb wird den Knechten der Herren höher gehängt

Warum? Nur, weil Hitler keine SA. uniformieren und mit der uniformierten SA. den Wehrdienst organisieren wollte.

Arbeitslose, laßt bei den Mästen stehen, und diesem Wahnsinn ein Ende gemacht werden. Nieder mit Hitler!

Sowjetrussische Bestellungen in Deutschland

(1. Halbjahr 1932)

Zum 1. Halbjahr 1932 sind insgesamt von den Handelsorganen der Sowjet-Union in Deutschland für 233,4 Millionen Mark Bestellungen erteilt worden.

Mitgliederversammlung des Gesamtverbandes

Am 15. Juli, 19 Uhr, fand im Schützenverder eine Mitgliederversammlung statt, die infolge der verschiedenen Veranstaltungen an diesem Tage sowie wegen des einsetzenden Regens nicht so gut besucht war.

Seinen Ausführungen war zu entnehmen, daß die Papen-Notverordnung diejenige sei, welche die Arbeiterklasse als die sie am stärksten belastende empfindet.

Arbeiter, Ungeheilte und Beamte Groß-Breslau!

Die Stellungnahme der Spitzengewerkschaften ist erfolgt. Nach ihr müssen sich alle ihre Mitglieder richten. Das erfordert ein hohes Maß von Selbstbeherrschung.

Die Gewerkschaften aller Richtungen von Groß-Breslau sind sich bewußt und darin einig, daß der Kampf gegen die Maßnahmen der Reichsregierung nicht nur im Lebensinteresse ihrer Mitglieder, sondern der gesamten Arbeitnehmererschaft und insbesondere der Arbeitslosen, der Arbeitsrentenempfänger, der Kriegsbeschädigten und ihrer Hinterbliebenen liegt.

Der weiteren Entwicklung der Dinge wird von den örtlichen Gewerkschaften nicht nur ständige und erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet, sondern auch die notwendige Verbindung mit den Betriebsfunktionären unterhalten.

Freiheit!

Die Ortsauschüsse Breslau des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes, des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes.

Teil auf die Hälfte des Standes vom Jahre 1928 zu senken. Neben den von der Reichsanstalt oder aus sonstigen öffentlichen Mitteln Unterstützten seien weit über 1 Million Menschen, die keinerlei Unterstützung erhalten.

Die Ergebnisse der Lausanne Konferenz seien unbefriedigend, und es sei fraglich, ob diese Ergebnisse überhaupt Tatsache würden.

Seit 1930 seien die Löhne andauernd gesunken, die Krise verschärft worden — aber nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt.

Während der Regierung Brüning hätten die Nazis großspurig verkündet, mit dem System der Notverordnungen müßte in Deutschland gebrochen werden.

Ein Teil der deutschen Arbeiterschaft sei der Auffassung, man solle die Mägen nur einmal an die Wand lassen, dann könne sie halb unerschrocken, was einer solchen Argummentation keine aber nicht deutlich und scharf genug gewahrt werden.

Da Dr. Sternberg sich jeden Angriffes gegen die Gewerkschaften und die SPD. enthielt, wurde der Versammlungsleiter eingeladen die Versammlung zu schließen.

Die Metallarbeiter von Düren hätten in einer von dem dortigen Gewerkschaftsverband einberufenen Versammlung einstimmig beschlossen, am Freitag in den Streik zu treten.

Die Metallarbeiter von Düren hätten in einer von dem dortigen Gewerkschaftsverband einberufenen Versammlung einstimmig beschlossen, am Freitag in den Streik zu treten.

Die Arbeitslosen! Die Karten für die Kundgebung mit Genossen Hellmann sind sofort abzugeben...

Sozialistische Arbeiterjugend
Freitag, 20 Uhr, haben folgende Veranstaltungen statt:
Freitag, 20 Uhr, haben folgende Veranstaltungen statt:

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
Ordnung: Sonntag, 21. Juli, 10 Uhr, findet im Circus Busch eine Kundgebung der Offener Front statt.

Rundfunk von heute
Tägliche Funkvorschau für Arbeiterhörer
Am Donnerstag um 17.50 Uhr hören alle Gewerkschafter und parteigewöhnlichen Arbeiter den Vortrag von Gabriel Deso...

WERTHEIM
Breslau
Tautenzienplatz
Billige Lebensmittel
Soweit Vorrat! Leicht verderbliche Lebensmittel werden nicht zugesandt.

Frisches Fleisch
Kalbshaxe 0.34
Kalbskotelett 0.58
Suppenfleisch 0.46
Schmorfleisch 0.68
Schweinebauch 0.55
Pökelköpfe 0.25

Wurstwaren
Schinken gekocht 0.34
Schweineölze 0.38
Blut- u. Leberwurst 0.48
Jagdwurst 0.78
Mettwurst Berliner 0.82
Schinkenspeck 0.88

Kolonialwaren
Gläser 0.17
Bruch-Makkaroni 0.35
Sultaninen 0.34
Vanille- u. Mandelpudding 0.38
Kakao lose 0.48
Mischkaffee mit 20% Bohnenkaffee 0.58

Käse u. Fette
Ziegelkäse 0.28
Limburger ohne Rinde 0.48
Edamer 0.54
Dessert-Käse 0.38
Margarine, Kokosfett 0.88
Schmalz 0.44

Weine-Fruchtsäfte
Cyder aus vergorenem Apfelwein 0.56
Johannisbeersaft lose 0.68
Zitronenmost lose v. Fab. 0.48
Himbeersaft lose v. Fab. 0.50

Konserven
Frischerh-Marmelade 2-Pid.-Eimer 0.65
Kirsch- und Erdbeer-Konfitüre 2-Pid.-Eimer 1.04
Aprikosen-Pulp 10-Pid.-Dose 2.68
Senfgurken 1/2-Dose 0.62

Räucherwaren
Dückerlinge 0.32
Seelachs 0.32
Matjesheringe 2 Stück 0.15

Obst
Tomaten 0.19
Johannisbeeren 0.14
Aprikosen 0.35

Konfitüren
Klette-Konfitüre, Vollkorn 0.90
Pflaumen-Konfitüre, Vollkorn 0.90
Pflaumen-Konfitüre, Vollkorn 0.90

Einkochgläser „Globus“ mit Ring
enge Form 22, 23, 24, 25
weite Form 26, 27, 29, 30, 32

# Warum das alles?

Der „Sozialdemokratische Pressedienst“ schreibt zu den Ereignissen der letzten 24 Stunden:

„Und warum all dies? In ihrem Aufruf sagt die Reichsregierung: um die Ruhe und Ordnung im Staate aufrecht zu erhalten. Also muß etwas faul sein im Staate. Und es scheint uns so! Denn als Herr von Papen, unter einer Verbeugung, die Aufforderung an Severing richtete, den Platz zu räumen, und Severing das historische Wort sprach: „Nur mit Gewalt“, da meinte der Reichskanzler: „Die Staatsraison erfordert, daß Sie gehen!“ „Also doch politische Gründe“, nagelte Severing sofort fest.

In der Tat! Besser als alle Kommentare und Rundfunkreden erhellt dieses hier wiedergegebene kleine Frage- und Antwortspiel die wahren Ursachen und Gründe aller Ereignisse der letzten 24 Stunden. In Altona gab es am Sonntag Lote, in Berlin und der Provinz Brandenburg müssen dafür die Lebenden büßen! Weil in Altona für einige Stunden Unordnung war, promoviert durch die SA., deshalb muß die in Berlin nie gekörte Ordnung „widerhergestellt“ werden! Deshalb wird ganz Preußen unter Kuratel gestellt, deshalb wird ein großer Teil der Bevölkerung des Zweidrittel des Reichsgebietes umfassenden Staates in die allergrößte Erregung versetzt, deshalb wird Unruhe und Bestürzung in das vollkommen ruhige und nicht-ahnende Süddeutschland getragen! Wahrlich, uns scheint, als wären alle Begriffe auf den Kopf gestellt. Die Reichsregierung hätte besser getan, sich eine Begründung zu ihrer Aktion zu ersparen. Sie überzeugt niemand und es wäre besser gewesen, Herr von Papen hätte gesagt: Hier stehe ich, ich laun mich anders, was ich tue ist vereinbart und entspricht den Wünschen derer, die mich zwar unter den Linden nicht offen grüßen, die aber sehr wohl wissen, wo ich zu Hause bin.

Senen äußerlich Opposition mimenden, im Stillen aber um so fester mit der gegenwärtigen Regierung verbündeten Herren der Frauenen Stufen ist bisher jeder ausgetretene Befehl eingelöst worden. Auflösung des Reichstages, Aufhebung des SA. und des Uniformverbotes, und jetzt das dritte Akt: Preußen! „Schluß mit dem faulen Zauber“ rief Nazi-Kube in der letzten Landtagssitzung! Herr Kerz schrieb dann noch einen Brief hinterher: und heute bereits ist der Wunsch und das Abkommen erfüllt. Haben etwa die Kommunisten deshalb jahrelang des erbittertesten Kampf, Schulter an Schulter mit der Kube und Kerz, gegen Severing und die preussische Polizei geführt, weil der von ihnen tödlich und selbst jetzt noch schmerzhaft Severing ihnen irgendwie besonders entgegengekommen wäre? Deshalb etwa auch der gemeinsame Volksentscheid von Hitler und Thälmann, „das rote Volksbegehren“ gegen die preussische Regierung? Wozu alle diese Zangenklänge und Begründungen von Ausnahmestand und Notgesetzgebung, wo nur alles das wahr gemacht wird, was die deutsche Reaktion, was Junger und Scherer, was Lugenberg und Hitler als unabänderliches Ziel seit Jahr und Tag gemeinsam verkündet haben. Sie haben es jetzt erreicht. Das allein sehen die erregten Massen und wir würden unsere publizistische Pflicht verletzen, wollten wir ihnen über mehr oder weniger gut herausgeputzten juristischen Kulissen den Blick und die klare Aussicht versperren.

Es ist das historische Verdienst der preussischen Regierung und vor allem unserer Freunde Severing, Braun, Grzesinski und aller verfassungstreuen Beamten, daß sie die Reichsregierung gezwungen haben, den einmal beschrittenen, nach unserer Meinung nicht geseligen Weg, bis zum Ende gehen zu müssen. Daß sie aber auch den um ihre soziale Gleichberechtigung und um ihre Freiheit ringenden Volksmassen ein Beispiel gegeben haben, das unauslöschlich bleiben und fortwirken muß. Das Beispiel der Treue, des Mutes, des Verantwortungsgelübes und der Kaltblütigkeit, mit der auch wir den Ereignissen entgegneten und der Zukunft entgegensehen.

Die Reaktion und die Konterrevolution haben in den letzten schwerer materieller Not und tiefer Verwirrung und Trübung ihren Stützpunkt Preußen geführt. Die Arbeiterklasse und die Republikaner werden ihm mit zutun zu benehmen müssen. Wir werden uns das Gesicht des Handelns ebensoviele nehmen wie wir uns den Termin der Abrechnung vorzeichnen lassen. Die Verantwortung für alles, was unterdessen im Zusammenhang mit dem Sturz gegen Preußen geschieht, fällt ausschließlich auf die Regierung der Nazi-Barone.

## Grzesinski's Ablehnung der Abfertigung

In einem Teil der Presse wird behauptet, der Berliner Polizeipräsident Grzesinski habe dem Reichskommissar für Preußen bzw. seinem Bevollmächtigten sein Amt freiwillig übergeben. Die vorübergehende Verhaftung Grzesinski's ist die Meldung fügen. Abgesehen davon hat Grzesinski in den gewalttätig eingelegten Herrn Bracht vor seiner Verhaftung folgenden Brief geschrieben:

„In einem undatierten Schreiben, das feiner- lei Altengehen und die Firma „Der preussische Minister des Innern“ trägt, und von Ihnen als „mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt“ unterzeichnet ist, wurde mir mitgeteilt, daß Sie mich bis auf weiteres beurlauben und mir die Ausübung meiner Amtsgeschäfte unterzügen. Ferner erklären Sie, daß Sie mit meiner Vertretung den Polizeipräsidenten von Essen, Herrn Dr. Meißner, beauftragt hätten. Nach eingehender Nachprüfung der Angelegenheit bin ich nicht als bezeugt erachtet, mich zu beurlauben und mir die Ausübung meiner Amtsgeschäfte zu unterzügen. Ich verbleibe daher bei dem mir vom preussischen Staatsministerium seitens der Reichsregierung verliehenen Platz, da ich mich andererseits einer Unmöglichkeit unterwerfen würde.“

Am Mittwoch Abend um 8 Uhr erschien der Reichskommissar für Preußen, der bisherige Ober-Präsident von Preußen, Herr von Papen, in Begleitung des gewalttätigen Reichswehrtreuer Dr. Grzesinski's und eines Offiziers im preussischen Ministerium des Innern. Sie forderten Severing auf, sein Amt niederzulegen. Severing weigerte sich. Ihm wurde daraufhin erklärt, daß wenn Gewalt angewandt werden würde, Severing erwiderte, daß er noch einen letzten Versuch machen würde. Inzwischen kamen die Reichsminister des Innern und des Justizministeriums. Sie forderten Severing auf, sein Amt niederzulegen. Severing weigerte sich. Ihm wurde daraufhin erklärt, daß wenn Gewalt angewandt werden würde, Severing erwiderte, daß er noch einen letzten Versuch machen würde.

Nachmittags um 4 Uhr hatte Bracht in einer persönlichen Unterredung mit Severing bereits versagt, diesen zur Amts-

übergabe an ihn zu bewegen. Severing lehnte ab. Aus diesem Grunde erging abends das Aufgebot zu seiner gewalttätigen Entferrnung.

## Die Verhaftung und Freilassung Grzesinski's

Im Zusammenhang mit der Aktion der Schleicher-Regierung gegen Preußen wurden am Mittwoch der Berliner Polizeipräsident Grzesinski, sein Stellvertreter Dr. Weiß und der Kommandeur der Schutzpolizei Heilmannberg verhaftet.

Etwas um 5 Uhr erschienen ein Reichwehrtreuer Hauptmann Haufe, ein Leutnant, ein Offizierstellvertreter und zwölf Reichwehrtreuer Soldaten. Alle mit dem Stahlhelm ausgerüstet und Handgranaten am Koppel. Haufe fragte den Polizeipräsidenten, ob er freiwillig seinen Platz verlassen werde. Grzesinski lehnte das ab und zwar unter Hinweis auf die Unrechtmäßigkeit und Verfassungswidrigkeit dieses Annehmens. Der Hauptmann bat deshalb, diese mündliche Weigerung schriftlich anzustellen. Das geschah. Der Weigerung des Polizeipräsidenten Grzesinski schlossen sich Polizeivizepräsident Dr. Weiß und Kommandeur Heilmannberg an. Der Hauptmann erklärte die drei Herren daraufhin für verhaftet. Er eröffnete ihnen, daß sie in die Offizier-Verhaftungsanstalt nach Moabit eingeliefert würden. Es wurden dann die von der Reichswehr mitgeführten Wagen bestiegen. Vorher verabredeten sich Grzesinski und Weiß mit ihren Frauen. Die Beamtenhaft verfolgte von den Fenstern aus die Vorgänge. Als die drei Herren abfahren, ertönten stürmische Freiheitsschreie.

Abends wurden Grzesinski, Weiß und Heilmannberg wieder aus der Haft entlassen.

## Staatsgerichtshof erst heut Nachmittag

Der Staatsgerichtshof, der von der preussischen Staatsregierung gegen die Gewaltaktion der Nazi-Barone angerufen wurde, hat sich bisher mit dem Antrag des preussischen Kabinetts noch nicht beschäftigt. In Anbetracht dessen, daß die Mitglieder des Staatsgerichtshofes zu einem Teil weit von Leipzig entfernt wohnen und erst zusammengerufen werden müssen, kann frühestens im Verlauf des heutigen Nachmittags eine Entscheidung über den Antrag Preußens auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung getroffen werden.

## Aleinliche Schifanen Papens

Die preussische Staatsregierung hat zur Vertretung ihrer Auffassung vor dem Staatsgerichtshof den Ministerialdirektor im Innenministerium, Dr. Badi, nach Leipzig entsandt. Als Badi am Mittwoch Mittag im Flugzeug nach Leipzig reisen wollte, verweigerte die Regierung der Nazi-Barone eine Startperre für alle Flugzeuge der Luftkassa und die Flugzeuge aller ähnlichen Unternehmungen, die für die Reise nach Leipzig in Frage gekommen wären. Badi hat sich daraufhin im Auto nach Leipzig begeben. Er ist, wie die Meldungen zeigen, viel zu früh dort eingetroffen. Immerhin paßt diese Schifane zu dem ganzen Auftreten der Regierung der Nazi-Barone, die nach ihrem Amtsantritt großartig eine „neue Staatsführung“ verkündet hat. Diese „Staatsführung“ fand am Mittwoch ihren Ausdruck darin, daß die Amtsgehilfen des preussischen Staatsministeriums, also Leute, die mit Otto Braun seit Jahren zusammengearbeitet haben, erlöst wurden, den preussischen Ministerpräsidenten nicht in das Gebäude zurückkehren zu lassen. Die Herren Nazi-Barone haben außerdem eine ganze Reihe ähnlicher Anordnungen getroffen, über die in diesen Tagen noch ausführlicher berichtet werden wird, zur Charakterisierung der Regierung der Nazi-Barone, der zur Erlangung ihrer Ziele jedes Mittel recht ist.

## Nicht Rechtsgründe — politische Motive waren maßgebend

Der Aktion der Regierung der Nazi-Barone gegen die preussische Staatsregierung ging eine kurze Besprechung zwischen dem Reichskanzler und den preussischen Ministern Dierfelder, Severing und Kasper voraus.

In dieser Besprechung führte Herr von Papen aus: Die Reichsregierung beachte die Lage in Preußen seit längerer Zeit aufmerksam und sei zu der Überzeugung gekommen, daß die Ruhe, Sicherheit und Ordnung in Preußen nicht mehr gewährleistet sei. Der Reichspräsident habe daher der Reichsregierung außerordentliche Vollmachten gegeben und aufgrund dieser Vollmachten aus Artikel 48 Absatz 1 und 2 hat der Reichskanzler den preussischen Ministerpräsidenten Dr. Braun und den preussischen Minister des Innern Severing ihres Amtes entbunden. Preussischer Ministerpräsident sei durch die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten der Herr Reichskanzler von Papen, der Herr Dr. Bracht zu seinem Bevollmächtigten und preussischen Minister des Innern ernannt habe.

Auf diese Mitteilung erklärte der preussische Minister des Innern, daß er diese Verordnung nicht als verfassungsmäßig anerkennen könne, er bestreite, daß Preußen die ihm nach der Verfassung und nach den Gesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt habe. Er bestreite ferner entschieden, daß in Preußen die öffentliche Sicherheit und Ordnung stärker gefährdet sei als in irgendeinem anderen deutschen Lande. Dies träte umso mehr nicht zu, wenn man bedenke, daß in Preußen die größten Gefahrenzonen und Gefahrengebiete lägen. Er erklärte daher, daß er von seinem Amte zurückzutreten und ein republikanischer Minister würde nicht mit dem Ratel der Desertion aus seinem Amte scheiden.

Auf diese Weigerung hin hat der Reichskanzler versucht, eine gütliche Verabredung zu konstruieren, worauf Severing erklärte, eine Verabredung könne nur zwischen gleichberechtigten Partnern zustande kommen. Von einem solchen Verhältnis der Gleichberechtigung könne hier aber nicht die Rede sein, denn die Reichsregierung habe die preussische Regierung zum Appell befähigt und vor vollendete Tatsachen gestellt. Der Herr Reichskanzler irte, wenn er glaube, daß seine, Severings Weigerung erfolge, um das Gesicht zu wahren, persönliche Momente spielten hier keine Rolle. Hier handelte es sich um einen Akt vaterländischer Pflichterfüllung gegenüber Preußen und Deutschland. Ein Minister, der seit Jahre in der politischen Praxis stünde, der sich auf die Beamten seines Amtes verlassen könne, würde dem Erforderlichen der heutigen schwierigen Zeit viel lieber gerecht werden können, als ein neuer Mann, der sich erst in die Verhältnisse Papen und Bracht einzuarbeiten müsse. Nur dieses Motiv sei für ihn maßgebend und nicht irgendwelche persönlichen Privatgründe.

Minister Dierfelder schloß sich diesen Erklärungen voll an. Die ganze Art des Vorgehens sei so ungewöhnlich, daß sie in der Geschichte ohne Beispiel dastünde. Ohne der preussischen Staatsregierung eine Mittelung zu machen, daß bei der Vollziehung des Artikels 48 Absatz 1 und 2 vorläge, daß über den Kopf der preussischen Staatsregierung verhandelt werden würde, so seien ja andere Beispielen und Unberechtigtkeiten in Kenntnis gesetzt als die preussische Staatsregierung. Das sei so ungewöhnlich, daß es nicht bestehen könne wie die Reichsregierung, besonders auch der Herr Reichsminister des Innern von Gahl, der acht Jahre im Reichstag die Interessen und Rechte der Länder vertreten habe, zu einem solchen Vorgehen seine Zustimmung geben könne. Er Dierfelder protestierte energisch gegen dieses unerhörte Vorgehen und beharrte auf weitere Mitteilungen von ihm die Staatsregierung Gelegenheit gegeben hätte, zu dem Vorgehen Stellung zu nehmen.

Der Reichskanzler betonte noch, daß ihm daran läge, die Frage der Gewaltübernahme auf gütlichem Wege zu regeln. In dieser Hinsicht verlangte er, daß die preussische Staatsregierung, die er vor dem preussischen Minister des Innern

# Nun erst recht!

Alle ehrlichen Anhänger der Verfassung, alle wirklichen Freunde der Freiheit des deutschen Volkes und alle diejenigen, die endlich die Besetzung der nationalsozialistischen Nordpost erkennen, sind sich darüber einig, daß das Vorgehen der Reichsregierung gegen Preußen eine schwere Verletzung der Reichsverfassung darstellt. Das ist auch, wie aus den Meldungen hervorgeht, die Auffassung der Regierungen der meisten großen Länder des deutschen Reiches. Die Empörung über dieses Vorgehen der Regierung der Nazi-Barone ist unter den werktätigen Massen des deutschen Volkes außerordentlich groß. Es ist auch selbstverständlich, daß die arbeitenden Massen und die freiheitlich gesinnte Bevölkerung Deutschlands dagegen Maßnahmen ergreifen und mit aller Kraft für die Zurücknahme dieser gescheiterten Maßnahmen ankämpfen müssen.

Trotzdem ist es unbedingt notwendig, daß die freiheitlich und demokratisch gesinnte Bevölkerung und insbesondere die Arbeitermassen ihre Ruhe nicht verlieren. Die Gegenmaßnahmen, die zunächst notwendig waren, sind mit der Anrufung des Staatsgerichtshofes durch verschiedene Länderregierungen getroffen worden. Alle weiteren Maßnahmen können nur einheitlich über das ganze Reich erfolgen und müssen sorgsam überlegt und vorbereitet werden. Ob und wann weitere Maßnahmen zu ergreifen sind und welche Maßnahmen am besten geeignet sind, das Ziel zu erreichen, das können nicht die einzelnen und auch nicht die örtlichen Organisationen bestimmen, sondern das zu bestimmen ist Sache der Führer der „Eisernen Front“ in ganz Deutschland. Deshalb muß dringend vor unbesonnenen Einzelaktionen gewarnt werden. Niemand darf auf eigene Faust etwas unternehmen. Mit solchen Aktionen würde man der guten Sache nur schaden und den Feinden der Freiheit und des Volkes nur Waffen in die Hand geben. Vor allem bewahrt euch vor Redensarten, die gerade jetzt vom Gegner ausgeandt werden, um Ausschreitungen herbeizurufen. Es müssen vielmehr die Weisungen unserer Führer abgewartet werden. Gerade in dieser furchtbaren ersten Stunde ist es notwendig, strengste Disziplin zu wahren und sich auf keinen Fall durch Redensarten oder aufgeregte Leute, die von der Größe des politischen Kampfes, der uns bevorsteht bzw. in dem wir uns schon befinden, keine Vorstellung haben, provozieren zu lassen. Nur so ist es möglich, den jetzt einsetzenden schweren Kampf um die Freiheit des deutschen Volkes zu gewinnen. Jedermann muß sich allerdings auch darüber klar sein, daß er jetzt, sobald der Ruf der Führer ertönt, seine ganze Person einzusetzen verpflichtet ist. Auch muß sich jeder Mann bereit halten, jederzeit dem Ruf der Führer folgen zu können. Sallet deshalb enge Verbindung mit den Organisationen!

Vor allen Dingen ist es notwendig, alles zu tun, daß am Sonntag in acht Tagen die vorgezeichneten Reichstagswahlen stattfinden. Denn die beste Antwort auf die Aktion der Regierung der Nazi-Barone ist eine Wahl, die zeigt, daß das deutsche Volk nicht gewillt ist, diese Dinge hinzunehmen, die den Parteien, die die Freiheit des Volkes verteidigen, die nötige Stärke verleiht, um mit Erfolg gegen das System Papen ankämpfen zu können. Jede Unbesonnenheit würde dieses Ziel nur gefährden. Auch aus diesem Grunde müssen alle Unbesonnenheiten auf jeden Fall unterbleiben. Dagegen muß die Zeit bis zu den Wahlen durch noch erhöhte Werbetätigkeit mit aller Kraft ausgenutzt werden, um diese Wahl zu einem Sieg des Rechts und der Freiheit zu gestalten. Deshalb ist es notwendig, daß alle, die sich gegen diese Diktatur Papens aufheben, alle ihre Kräfte daran setzen, um den Wahlkampf noch kräftiger und stärker zu führen, als es bisher schon der Fall war. Die Aussichten für den Wahlkampf sind durchaus nicht schlecht. Es geht eine gewaltige Welle der Empörung über die Handlungen der politischen und der sozialen Reaktion durch die Massen. Das arbeitende deutsche Volk ist endlich erwacht und wird am 31. Juli mit den Reaktionsären aller Richtungen abrechnen.

Deshalb auf in den Kampf für Freiheit und Recht! Spannt nun erst recht alle Kräfte an! Hebt die roten Fahnen nun erst recht hoch in die Höhe! Laßt euch nicht entmutigen! Es steht eine gewaltige Kraft in der organisierten Arbeiterklasse, wenn sie einzig ist, die Ruhe nicht verliert, Disziplin hält und höchste Aktivität entfaltet. Trotz aller Bemühungen der Reaktion wird die Freiheit in Deutschland nicht untergehen!

Es lebe der Sozialismus!  
Es lebe die Eisernen Front!  
Freiheit!

Redaktion der Volkswacht.

## Mehrere Staatssekretäre abgesetzt

Der Leiter der Nazi-Barone, der bisherige Essener Oberbürgermeister und leitbahige Schwager des deutschen Nationalen Reichstagsabgeordneten Spahn, hat auf Befehl seiner Auftraggeber inzwischen die Amtsenthebung der preussischen Staatssekretäre Dr. Staudinger vom Handelsministerium, Krüger vom Landwirtschaftsministerium und Wegg vom Innenministerium verfügt. Mit der Wahrnehmung ihrer Amtsentwässerung beauftragt. Mit der Wahrnehmung ihrer Amtsentwässerung beauftragt. Mit der Wahrnehmung ihrer Amtsentwässerung beauftragt. Die Herren sind damit gebührend charakterisiert. Staatssekretär Weggmann hat selbst am seinen Abschied gebeten, der ihm sofort gewährt wurde.

## Da hat er recht!

Die den Nazis sehr nahestehende „Torgauer Zeitung“ meldet, daß in einer Versammlung Pa. Stöcker aus Plauen erklärte:

„Der Nationalsozialismus ist nicht das Produkt der Intelligenz. Darum geht die NSDAP. auch vollständig neue Wege.“

Der Mann hat recht. Wirklich neu sind allerdings die Wege der Nazis. Mit Dolch und Revolver weiß man zum Beispiel auch in der südamerikanischen Politik gut umzugehen.

Severing empfand. Es seien aber Gründe der Staatsregierung, die ihn zu seinem Vorgehen zwingen. Minister Severing wies sofort darauf hin, daß alle Gründe der Verfassung oder der Verträge, sondern allein die Staatsraison, wie Herr von Papen sie auffasse, dieses gescheiterte Vorgehen der Reichsregierung veranlassen.

# Schwere Liebergeisse der Stettiner Polizei

## Ungeheuerliche Gesetzesverletzungen Polizei schießt ohne jeden Grund - Auch die Nazis schießen

Stralsund, 20. Juli. (Fig. Drahtb.)

Vorfälle, die in ihrer Ungeheuerlichkeit wohl einzig dastehen, haben sich anlässlich des Hitler-Tages in Stralsund, zu dem Hitler persönlich erschienen war, zugezogen. Zu diesem Tage wurden 25.000 Teilnehmer angetrieben; erschienen waren jedoch nur etwa 12.000 Menschen. Aus einer Entfernung von über 200 Kilometern waren die SA- und SS-Leute zusammengezogen, um sich ein Stellbühnen mit ihren Auftragsgebern, den Großagrariern, zu geben. Die vorerlebten Plätze wurden trotz der verteilten Freitickets nicht ausverkauft. Kurz vor Beginn der Veranstaltung wurden die umherstehenden Neugierigen ohne Zahlung von Eintrittsgeld herein gelassen. Als um 24 Uhr Hitler noch immer nicht erschienen war, verließ ein großer Teil des wartenden Publikums den Platz. Gegen 2 Uhr nachts traf dann Hitler, von Wahrenmünde kommend, ein und sprach etwa 10 Minuten. Trotz der unerhörten Provokationen, die bereits am Nachmittag Zusammenstöße zur Folge hatten, bei denen die Polizei rücksichtslos von den Gummiknüppeln Gebrauch machte, bewahrte die Arbeiterkassette Disziplin. Zur Unterstützung der Polizei war ein Polizeikommando aus Stettin erschienen.

Etwas 10 Kilometer von Stralsund entfernt hatten 120 rote Falken aus Stralsund und Greifswald im Walde ein Zeltlager aufgeschlagen. In der Nähe befand sich auch ein Jugendheim, das kurz vor seiner Vollendung steht. Durch die feigen und gemeinen Ueberfälle gewarnt, waren etwa 40 Mitglieder der Eisernen Front von Franzburg zum Zeltlager gefahren, um als Schutz zu dienen, und zwar mit besonderer Genehmigung des Landrats. Gegen Mitternacht erschien plötzlich ein Ueberfallswagen der Stettiner Polizei. Ein sich auf einer Fahrt nach einem in der Nähe liegenden Ort befindlicher sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter aus Stralsund wurde von der Polizei angehalten. Mit vorgehaltenem Revolver mahnten die Insassen, mehrere Gewerkschaftssekretäre, ihre Waffen auszuhandigen, obwohl sie im Besitz eines Waffenscheines waren. Die Proteste des Abgeordneten wurden von den Polizeibeamten mit „Halten Sie das Maul!“ erwidert. Die Insassen des Wagens wurden verhaftet und in einem Kraftwagen in das Gerichtsjugendhaus Stralsund eingeliefert. Diese Vorfälle ereigneten sich auf der Chaussee vor dem Walde. Während das Auto untersucht wurde, legte ein mörderisches Feuer seitens der Polizei ein. Ohne Ursache wurde in den Wald und auf das Jugendheim geschossen. Von einer Kugel getroffen, sank der Leiter des Zeltlagers, ein 39-jähriger Lehrer Krull aus Greifswald zu Boden. In den Folgen einer Kopfverletzung ist er im Krankenhaus gestorben. Die Polizei brang dann mit dem Ruf „Hände hoch!“ in das Jugendheim ein. Die Beamten gedraugten Hühnerbrüste wie: „Wollt ihr roten Hände wohl füttern!“ Widerstandslos folgten die anwesenden Männer und Jugendlichen. Kein Schuß fiel aus dem Walde. Trotdem schob die Polizei weiter in Wald hinein. Etwas 60 Personen wurden verhaftet und unter stürzender Bedeckung nach Stralsund gebracht, wo sie in das Gerichtsjugendhaus eingeliefert wurden. Der größte Teil ist später wieder entlassen worden. Als sich die verhafteten Franzburger Parteigenossen am Mittwochvormittag nach Hause begaben, wurden sie in ihrem Heimort von den Nationalsozialisten empfangen und schwer misshandelt. Es gab viele schwer- und leichtverletzte. Die Polizei unternahm nichts gegen diese Bluttat.

In den Morgenstunden des Mittwoch schossen die Nationalsozialisten, als sie nach dem Hitler-Appell abzogen und die Straßen der Vorstädte passierten, von ihren Kraftwagen mit Revolvern und verletzten die Einwohner in Angst und Schrecken.

## Weitere Pressestimmen

Die „Frankfurter Zeitung“ irrt: die Reichsregierung hat auch nicht das formale Recht auf ihrer Seite, sie hat gerade auch formal das Recht verliert.

Die Rechtspreffe aller Schattierungen jubelt über den Belagerungszustand und noch mehr über den Fall der preußischen Nation. „Reichsregierung und Reichspräsident verdienen für die mutige Entschiedenheit Anerkennung und Dank“, so sagt die von der Schwerindustrie ausgehaltene „Deutsche Allgemeine Zeitung“. Aus dieser Zeitung ist zugleich zu ersehen, wie die Hugenberg- und Hitlerpreffe frohlockt über ihren Sieg, nach dem ihnen so lange gelüftet hat und den sie seit Tagen kaum erwarten konnten. „Schicksalswende“ schreibt die „Deutsche Zeitung“. Diese Pressestimmen werden voll und insbesondere den Arbeitnehmer befehlen, wenn zuleide und wenn zuleide die Schlichter-Gaule die Reichsgefaltive gegen Preußen durchgeföhrt haben.

Rutig und offen erkärt das „Berliner Tageblatt“ unter der Ueberschrift: „Der Weg der Gewalt“. „Die Reichsregierung hat offenbar nach sorgfältiger Vorbereitung, ohne die preussische Regierung mit einem Wort zu benachrichtigen, zu dem großen Schlag gegen das bisherige preussische Regime ausgeholt, den ihre nationalsozialistischen Stützen und ihre deutschnationalen Bundesgenossen seit Wochen verlangt haben. Die Ueberstimmung zwischen der Begründung und den Argumenten der Reichsregierung und jenen, die von den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen in den letzten Wochen vorgebracht wurden, ja die Angleichung in der Formulierung geht so weit, daß man niemand unrecht tun, wenn man feststellt, daß das Kabinett Papen nur das erfüllt hat, was keine politischen Freunde verlangt haben. Aber es ist ein heilsbrecherisches Spiel, das es damit begonnen hat. Alles, was an sachlichen Begründungen dafür vorgebracht wurde, kann einen objektiven Beobachter nicht überzeugen. Weder ist in der preussischen Verwaltung irgendwelche Intimität mit den Kommunisten vorhanden, noch hat die preussische Polizei in der Erfüllung ihrer Pflichten irgend etwas Mangel gelitten, vorausgesetzt, daß man mit gerechtem Maße nicht und nicht für den rechtsradikalen Strafentwurf ein Ausnahmegericht statuieren will. Das Kabinett Papen ist um die Verantwortung, die es mit seinen neuen Entschlüssen auf sich geladen hat, wahrhaftig nicht zu beneiden. Es legt den letzten Rest von bürgerlicher Freiheit, der uns noch geblieben ist, aufs Spiel, es legt das Zusammenwirken mit den Ländern der kürzlichen Selektionsprobe aus, die denselben ist.“

„Einen Schritt von unabsehbarer Tragweite“ nennt die „Börsen-Zeitung“ die Reichsaktion, die auch nach der Ansicht dieses Blattes keine rechtliche und gesetzmäßige Begründung findet. Es wird schärft getadelte, daß die Regierung ihre Aktion im Stillen und ohne Wissen Preußens vorbereitete, um dann plötzlich und brüsk und ohne Rücksicht auf die ungeheure Erregung der Massen die Öffentlichkeit vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Köln, 20. Juli. (Fig. Drahtbericht)

Die volksparteiische „Kölnische Zeitung“ schreibt zu dem Vorgehen der Reichsregierung gegen Preußen unter dem Titel: „Und die Einheit des Reiches?“ „Die Reichsregierung, von der man nicht weiß, was ihre tiefsten Absichten sind, von der man nicht weiß, ob sie aus irgendeinem Entschluß herabsteigt oder ob der Entschluß aus demselben

gewordener Gewalt folgt - diese Regierung trägt eine furchtbare Verantwortung. In Berlin herrscht Ausnahmezustand und der Militärbefehlshaber hat das Wort. Aber hat die Reichsregierung an die bedauerliche und entsetzliche Bestimmung des Friedensvertrages gedacht, nach der die Macht der Reichswehr an der 50-Kilometerzone ihre Grenze findet? Wir sprechen diese Tatsache aus, weil über sie nicht hinweggesehen werden darf, weil schon einmal im Jahre 1920 die Entmilitarisierungsfrage eine große Rolle gespielt hat. Kann ein reibungsloser Ablauf der bevorstehenden Reichstagswahlen gewährleistet werden? Und was werden die süddeutschen Länder tun, aus denen das Gerücht kommt, die Reichsregierung beabsichtige, einen Sonderkommissar für den Süden zu bestellen? Mag das wahr sein oder nicht: solche Gerüchte, solche Fragen werden leidenschaftlich erörtert und

## Der Resolutionsvorschlag der Abrüstungskonferenz

Er ist sehr enttäuschend

In der Mittwochssitzung der Generalkommission der Abrüstungskonferenz wurde endlich die Verlaungssentscheidung vorgelegt, die eine einzige Enttauschung für alle Abrüstungsstreunde darstellt.

Die Entschliebung bezieht sich in ihrer Einzelheit auf die Notwendigkeit der finanziellen Erleichterung für die Staaten unter Vermittlung des Vizepräsidenten, begrüßt den Hoover-Vorschlag und schlägt als Vizepräsidenten die Beschlüsse vor, eine wirkliche Herabsetzung der Welt-rüstungen für Land-, See- und Luft-rüstungen herbeizuföhren und in einer bestimmten Zeit die Angriffsmittel zu schwächen. Der zweite Teil der Resolution enthält als Schlussfolgerungen der ersten Phase der Konferenz für die Luft-rüstungen 1. das absolute Verbot jedes Luftangriffs auf Zivilbevölkerungen, 2. gegenseitiges Verbot unter allen Vertrags-schließenden für jedes Luftbombardement unter der Bedingung eines Abkommens über Maßnahmen für die Wirksamkeit der Durchföhung dieses Verbots. Diese Maßnahmen müßten eine zahlenmäßige Begrenzung und eine Verkleinerung der Militär-flugzeuge enthalten, eine Reglementierung der Zivilluftfahrt und ihre vollständige Veröffentlichung. Zivilluftzeuge, deren Größe die festgesetzten Grenzen überschreiten, sollen einer internationalen Verwaltung unterworfen werden, die wirksam die unerlaubte Verwendung verhindern soll. Inbezug auf die Land-rüstungen soll für die schwere bewegliche Artillerie ein Höchstkaliber festgelegt und die Zahl der Geschütze begrenzt werden. Unter der Voraussetzung, daß eine wirksame Methode erachtet wird, um die schnelle Umbildung der beweglichen in bewegliche Artillerie zu verhindern, sollen die verschiedenen Höchstkaliber festgelegt werden a) ein Höchstkaliber für die Küstenartillerie, das nicht geringer sein dürfte als das der Schiffsartillerie, b) ein Höchstkaliber für Festungsgeschütze, c) eines für die bewegliche Landartillerie. Für die Tanks wird ebenfalls nur gesagt, daß ihr Höchstgewicht begrenzt werden soll. Die chemische, bakteriologische und brandstiftende Kriegsführung wird verboten. Endlich soll eine künftige Abrüstungskommission mit noch näher festzusetzenden Vollmachten als Dauerinstitution geschaffen werden.

Der dritte Teil der Entschliebung beauftragt das Büro zur Fortsetzung der Arbeiten während der Vertagung. Als Ziel dieser Arbeit für die zweite Phase der Konferenz werden aufgestellt: eine dritte Begrenzung und wirksame Herabsetzung der Truppenstärken, eine Begrenzung und Veröffentlichungswang für die nationalen Rüstungsangaben. Das Büro soll ein Spezialkomitee einsetzen zur Aufstellung von Vorschlägen für die Reglementierung des Handels und der privaten Fabrikation von Kriegsmaterial. Die Seemächte des Londoner Flottenvertrags werden aufgefordert, der General-kommission bei ihrem Zusammentritt neue gemeinsame Vorschläge zur weiteren Herabsetzung der Seerüstungen zu machen. Alle übrigen Seemächte sollen ihrerseits ebenfalls solche Vorschläge einreichen. Gegen Verletzungen der Verbote sollen Regeln internationalen Rechts aufgestellt werden.

Die Aussprache über diese Entschliebung beginnt am Donnerstag-Nachmittags.

## Ambildung des italienischen Kabinetts

Das italienische Kabinett hat eine große Umwandlung erfahren. Die Minister des Äußeren, der Finanzen, des Unterrichts, der Justiz und der Korporationen sind zurückgetreten. Mussolini übernimmt wieder wie früher neben dem Ministerium des Inneren das des Äußeren und der Korporationen. Zum geschäftsführenden Unterrichtssekretär des Äußeren wurde der Abgeordnete Snodich ernannt, der als Vorsitzender verschiedener internationaler Kommissionen und als Staats-kommissar für Lortismus bekannt ist. Finanzminister wird der Abgeordnete Jung, der Parlamentspräsident für Finanzfragen, Justizminister der Direktor der Universität in Rom Professor Francioliere und Unterrichtsminister der Direktor der Universität Palermo Professor Cresio.

Die Umbildung des Kabinetts war seit langem geplant. Trotzdem ist man allgemein überrascht, daß Außenminister Grandi ausgerechnet nach Lausanne gehen mußte. Gerüchtweise verlautet, daß Mussolini zwar mit dem Ergebnis von Lausanne hinsichtlich der Reparationen und des Schuldabkommens zwischen den Gläubigerstaaten durchaus zufrieden aber unangehalten darüber sei, daß sich Grandi bei den englisch-französischen Verhandlungen über den Vertrauenspakt in den Hintergrund habe schieben lassen. Trotzdem ist weder Grandi noch Botta, der das System des Ständestaates ausgearbeitet hat, in Ungnade gefallen. Beide dürften wichtige Posten erhalten.

## Drei Pfeile rsten den Nazi



## Hungerdiktatur Hitler

Fort mit der Hitler-Notverordnung!

Die nationalsozialistische Agitation drückt sich um klare Antworten auf die Fragen, die das Volk brennend interessieren. Sie bemüht sich, wieder einen Hehlzug gegen die Sozialdemokratie in Gang zu bringen, die alten Lügen vom Vaterlandsverrat der Sozialdemokratie wieder aufzumärmen. Wir haben diese Lügen abgestraft, wie wir alle Nazilügen abstrafen! Wenn die Nazis aber glauben, uns mit ihrem Schwindel von der Behandlung der Fragen ablocken zu können, die für das deutsche Volk von schädlichster Bedeutung sind, so irren sie sich!

In diesem Wahlkampf geht es um die Verantwortung für das reaktionäre Kabinett der Barone, um die Verantwortung für das Hungerdiktat, das dies Kabinett der Barone dem Volke auferlegt hat! Diese Verantwortung können die Nationalsozialisten nicht von sich abwälzen! Deswegen hat Hitler noch kein Wort gegen das Kabinett Papen gesagt, deswegen hat Strasser sich geweigert, den Ueberwachungs-ausschuß des Reichstags einzuberufen, deshalb hat Goebbels angeordnet, daß über das Kabinett Papen nicht geredet werden dürfe!

Am 31. Juli werden die Nazis für ihren Volksverrat zur Verantwortung gezogen! Dann wird abgerechnet mit dem Hungerdiktator Hitler und der Hitler-Notverordnung!

Für das Kabinett der Barone gilt die Parole

Bapen finanziert,  
Schleicher regiert,  
Hitler diktiert!

Was er diktiert, ist Hunger und Entrechtung für die Arbeiterkassette!

Fort mit der Hitler-Notverordnung!

Fort mit der volkverräterischen NSDAP.

Wählt Liste 1.

## Bayern gegen den Streich der Reichsregierung

München, 20. Juli. (Fig. Drahtbericht.)

Die Aktion der Schleicher-Regierung gegen Preußen hat in bayrischen Regierungskreisen außerordentliche Erregung und Bestürzung ausgelöst. Sofort nach Bekanntwerden der ersten Vorgänge trat ein Ministerrat zusammen, der sich in einer kurzen Besprechung auf den Standpunkt stellte, daß die Vergewaltigung der preussischen Regierung den klaren Tatbestand eines Rechts- und Verfassungsbruches darstellt, der unmöglich mit dem Artikel 48 der Verfassung sanktioniert werden kann. Das Ergebnis des Ministerrats war der Beschluß, telegraphisch beim Reichspräsidenten und Reichskanzler eine Rechtsverwahrung gegen die Entschliebung der Reichsregierung in Preußen einzulegen und auherdem Klage beim Staatsgerichtshof in Leipzig zu erheben. Mit diesen vorläufigen Schritten will die bayrische Regierung befinden, daß sie das Vorgehen der Reichsregierung verfassungsrechtlich für unzulässig ansieht. Die Klage beim Staatsgerichtshof bedeutet eine Solidaritätsklärung Bayerns mit allen jenen Ländern, die unter allen Umständen an den Rechtsprinzipien festhalten wollen, auf denen die deutsche Republik beruht.

Die bayrische Volkspartei-Korrespondenz schreibt zur Vergewaltigung Preußens: „Will man schon gegen eine Landesregierung aus Gründen der öffentlichen Ruhe und Sicherheit vorgehen, dann darf man ihr vorher nicht die Hand haben zur Ausübung ihres Hoheitsrechtes aus der Hand schlagen. Durch die Maßnahmen, die die Reichsregierung vorher getroffen hatte, hat sie sich selbst der Rechtsargumente beraubt, die allenfalls für einen Angriff des Reiches hätten angeführt werden können. Es bedarf keiner Begründung, warum der außerordentlich gewagte Schritt der Reichsregierung gegen Preußen in Bayern die größte Unruhe und Bestürzung hervorgerufen hat. Ein so schwerer Angriff auf das Recht der Länder trifft alle Länder. Hier handelt es sich nicht nur um gefährdete Grundzüge, sondern um einen schweren Einbruch in die Rechtslehre. Wo aber sollen wir hinkommen, wenn die Reichsregierung ihre Politik auf eine Ebene verlegt, die der einwandfreien rechtlichen Untermauerung entbehrt. Dabei ist alles möglich. Was heute mit Preußen geschieht, kann morgen unter einem anderen Vorwand mit Bayern geschehen.“

## Grzeinski stellt Strafantrag

wegen Freiheitsberaubung

Der gewalttätige seines Amtes enthobene Berliner Polizeipräsident Grzeinski hat den Berliner Rechtsanwalt Dr. Ulsberg gebeten, gegen die Urheber seiner Verhaftung sofort Strafantrag wegen Freiheitsberaubung zu stellen. Grzeinski ist bekanntlich als Abgeordneter des Preussischen Landtages immm.

Brief Otto Brauns an Papen

Der preussische Ministerpräsident hat an Herrn von Papen folgenden Brief gerichtet:

„Mit Schreiben vom 20. Juli 1932 teilten Sie mir mit, daß der Herr Reichspräsident Sie zum Reichskommissar für das Land Preußen bestellt habe und daß Sie als solcher mich meines Amtes als preussischer Ministerpräsident entböhren. Gleichzeitig soll das Amtsgebäude des Staatsministeriums militärisch besetzt worden sein, um mir im Falle eines Abbruches meines Urlaubes die Wahrnehmung meiner Amtsgeschäfte unmöglich zu machen.“

Nach meiner Auffassung entbehren diese Maßnahmen jeder rechtlichen Grundlage. Ich bitte daher ergebenst, mir mitteilen zu wollen, welche Gründe Sie, Herr Reichskanzler, zu diesem Vorgehen veranlaßt haben und auf welche Bestimmungen der Verfassung und des Gesetzes Sie sich dabei stützen.“

## Die Reichsarbeitsgemeinschaft freigeistiger Verbände zur Wahl

Der Sieg des Nationalsozialismus bedeutet die Unterdrückung der gesamten Freidenkerbewegung. Die Deutschnationalen und Nationalsozialisten haben bereits die entsprechenden Beiträge im Reichstags und im preussischen Landtag gestellt. Da der Tagessinn zur Wahl kam, hat er sich mit besonderem Eifer auf die Freidenker gestürzt. Die Freidenkerbewegung wurzelt in der Freiheit der Presse, der Freiheit der Meinungsäußerung und der Veritas- und Versammlungsfreiheit. Daraus resultiert, wenn ihr am 31. Juli zur Wahl geht. Wer jetzt wählt, erwacht als Sklave und jammernt dann umsonst. Die Reichsarbeitsgemeinschaft freigeistiger Verbände fordert alle freidenkenden Volksgenossen auf, durch aktives Eintreten für die sozialistische Bewegung die Niederlage des Faschismus herbeizuföhren.

Reichsarbeitsgemeinschaft freigeistiger Verbände.

Der geschäftsführende Ausschuß:

C. Peter, R. Steyers, Dr. H. Niemann, Th. Wangel.



## Die Vorläufer der SA.

### Wahlterror im kaiserlichen Deutschland — Der „Verband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie“ Dreifüßler sind historisch

Nachdem die Machthaber des alten Deutschland dem Volke endlich eine Verfassung gegeben hatten, versuchten sie auf alle erdenklichen Arten ihre Untertanen von der Ausübung ihrer verfassungsmäßigen Rechte abzuhalten. Wahlterror, Polizeischikanen und Wahlbeeinflussung kündigten die Reichstagswahlen im kaiserlichen Deutschland an. Und obgleich die Wahlen zum Reichstag geheim waren — im Gegensatz zu Preußen, das 70 Jahre lang den Ruhm für sich in Anspruch nahm, die volkshässigste Verfassung der ganzen Welt zu besitzen — benutzte man jedes Mittel, um den Aufstieg der sozialdemokratischen Bewegung mit Gewalt zu verhindern. Was Unfaulerkeit, Infamie und Verleumdung anbelangt, so standen die Reaktionen auf derselben niedrigen Stufe wie heute; dieselben stinkenden Schmuckstücke wurden ausgekostet. Um einen Verleumdungsstempel zu gründen, wurden ausgekostet. Um einen Verleumdungsstempel zu gründen, wurden ausgekostet.

An gemeiner Verleumdung gab die Sprache jener Flugblätter dem Reich der Nazis um nichts nach. Die Sozialisten wurden von ihren Gegnern, die sich damals wie heute als die wahren Hüter des Vaterlandes und der nationalen Güter aufwarfen, „unfähige, faule Elemente“ genannt, „bestochene Hallunken“ und „Leute, die mit der christlichen Arbeit auf gespanntem Fuße stünden.“ Ihr höchstes Ziel sei die Pflege des Bauges, ihre Taktik diejenige von Wegelagerern und Strolchen. Eine Sprache, deren Rohheit die Regierungen und einzelne Regimentskommandeure, deren politischer Horizont durch die Helmspitze des Postens vor dem Kasernenportal begrenzt war, heurlaubten mit Freuden ihre Mannschaften, damit sie den Arbeitern als Streikbrecher in den Rücken fallen konnten.

Ganz besonders aber suchte man die Führer zu verleumden, um ihnen das Vertrauen der Massen zu entziehen. Man bespitzelte Bebel und Singer an Sektorgien teilgenommen zu haben; Bebel, so hieß es, wohne in einer luxuriösen Villa. Insbesondere verbreitete jener Reichsverband Jahr für Jahr die sogenannte „Schmuckmüllerei“, eine Broschüre, in der die Heuschrecke verurteilt wurde, daß die 10 Millionen, die die Sozialdemokratie angeblich in Form von Beiträgen von dem arbeitenden Volk erprete, verprakt und von den Führern in die Tasche gesteckt würden. Was die Schmutzigkeit und Rohheit ihrer Argumente anbelangt, so konnten sich die Reaktionen der wahlmännlichen Epoche, genau so wie heute ihre nationalsozialistischen Nachläufer, auf Bismarck berufen, der sich nicht über die Gräber der Märtyrer, die Gräber von Bismarck, zu nennen und ihre Inschriften „einen einzigen Hohn auf Gott und die Menschen“. Aber auch in der Anwendung der Gewalt, in der Diktatur des Polizeisäbels, hatte er ihnen das Vorbild gegeben. Unter dem Sozialistengeßes war es für die Sozialdemokratie fast unmöglich, Wahlpropaganda zu treiben. Die Versammlungen der Vertrauensleute mußten nächtlich in Gehäusen abgehalten werden; die Zeitungen wurden verboten; die Funktionäre verhaftet oder ausgewiesen. Die Behörden leiteten ein ganzes Heer von Spionen und Provokatoren in Bewegung, um die Arbeiter zu überwachen und durch fortwährende Schikanen zu zermürden. Während die uniformierte Polizei den Wahlkampf mit Schlägen, Säbelhieben und Pistolenschüssen auslöschte, überfielen die Geheimpolizisten die Druckereien und Parteibüros und beschlagnahmten Flugblätter und Wahlaufrufe. Kundgebungen und Versammlungen konnten nur in den Vorstädten abgehalten werden, wo die Redner in kleinen Sälen sprachen, die nur einen Teil der Massen aufnehmen imstande waren. Die Polizei legte dazu den größten Eifer an den Tag, solche Versammlungen aufzuspielen und sie im letzten Augenblick zu verhindern, so daß die anrückenden Arbeiter das Versammlungsort durch doppelte Schutzmannsketten abgesperrt fanden. Gegen die Wirte, die ihre Räume der Arbeiterschaft zur Verfügung stellten, ging man mit der größten Brutalität vor. Sie wurden gemäßigt, indem man ihnen Schank- und Tanzkonzessionen entzog. Militärpersonen den Besuch verbot und die Polizeistunde herabsetzte. Fünfzig Landräte und Amtsvorsteher erklärten in der Vergabe von Sälen für sozialdemokratische Versammlungen „Auflehnungen gegen die Staatsgewalt“ und beantworteten sie mit Terrorakten, die zahlreiche Ereignisse zugrunde richteten.

Auch nach Aufhebung des Sozialistengeßes versuchte man den Arbeitern die Ausübung des Wahlrechts zu erschweren. 1895 verbot die Polizei die Berliner Wahlvereine, verhaftete die Funktionäre und versuchte von ihnen mit Gewalt durch tagelangen Dunkelarrest, Geständnisse über verbotene Organisationen zu erpressen. Furchtbar wütete der Terror auf dem flachen Lande, in den Dörfern und Landstädten. Gutsbesitzer zogen auf ihren Gütern Lichtschere und Sägen zusammen und besten die Bauern auf. Diese mit Knütteln, Messern und Revolvern bewaffneten Horden, die Vorläufer der SA, überfielen die Agitationskolonnen der Arbeiter wie Horden aus dem Hinterhalt; sie drangen in die Wahllokale ein, vernichteten die Stimmzettel und verprügelten die sozialdemokratischen Wähler. Wie heute in den nationalsozialistisch regierten Staaten duldeten die Behörden nicht nur diese Terrorakte, sie begünstigten sie sogar. So empfahl im Jahre 1890 eine Bekanntmachung des Testower Landratsamtes den „ordnungsliebenden“ Bürgern die sozialdemokratischen Flugzetteldisse bei der Wahl zu hindern und sie bei ihrem Erscheinen „mit kräftiger Faust zu behandeln“. Von dem Druck, der indirekt auf sozialistisch gekannte Beamte und Gewerbetreibende ausgeübt wurde, von den vielen ungeheuerlichen Wahlbeeinflussungen ganz zu schweigen.

1890 bis 1932 — mit denselben Mitteln versuchten die dunklen Mächte der Reaktion die vorwärtsschreitende Arbeiterbewegung zu zerschlagen. Umsonst! Die Geschichte jener Jahre beweist nur zu gut, daß sich der Wille einer Klasse nicht vergewaltigen läßt.

Darlegung ihrer Pläne von Reichsregierung und Reichsbank keinerlei Rückänderung erfolgt sei. Die Verteidiger meinten, daß Dr. Kooßen und Kertcher nicht zu dem angewandten Mittel gegriffen hätten, wenn man mit ihnen über ihre Vorschläge diskutiert hätte. Als Sachverständiger über die vielfach kritische Einstellung gegenüber Dr. Luther wurde von der Verteidigung der Direktor der Commerz- und Privatbank, Reinhardt, genannt. Das Gericht lehnte nach stundenlangem Beratung den Beweisanspruch ab, unterstellte jedoch als wahr, daß die Angeklagten und namhafte Finanzsachverständige die Geld- und Währungspolitik der Reichsbank als verhängnisvoll und mitverantwortlich für die deutsche Wirtschaftskrise betrachteten. Das Gericht bekannte sich weiterhin zu der Überzeugung, daß die Tat auseinanderlegt, ergriff Dr. Kooßen selbst noch zu stunden-

### Es ist vollbracht!



Der Essener Oberbürgermeister Dr. Bracht soll jetzt auf Papens Befehl in Preußen Braun und Severing ersetzen.

Ideen der Angeklagten nicht als Ausfluß haltloser Phantasien zu gelten hätten, sondern als Ergebnis enger wissenschaftlicher Forschung und Überlegung. Nachdem noch ein ausführliches, älteres Memorandum Dr. Kooßen zur Verfügung gekommen war, in dem sich der Angeklagte mit seinen moralischen Bedenken gegen die langen Ausführungen des Wort. Insbesondere sprach er über die Motive seiner Handlungsweise und verwahrte sich lebhaft dagegen, etwa als Psychopath betrachtet und beurteilt zu werden. Häufig wandte der Angeklagte sich dabei, nicht ganz ohne Effekthascherei, zum Publikum. Im Zuhörerraum wurde wiederholt Beifall geflächelt.

### „Gutes“

Im Berliner Devalve-Prozess haben jetzt die Verteidiger das Wort. Von dem Angeklagten Wilhelm Zeppel meinte ein Rechtsanwalt: „Er ist von dem besten Willen besetzt gewesen, Gutes zu schaffen.“

### 5800 Meter hoch

Die deutsche Himalaja-Expedition hat bei der Besteigung des Nanga Parbat in 5800 Meter Höhe ein Lager errichtet. Der 8116 Meter hohe Gipfel des Berges dürfte nach den letzten Meldungen bald erreicht sein. Insbesondere äußern sich die Expeditionsleiter, der Münchener Alpinist Willi Merk und der Amerikaner Rand Herron, begeistert über Arbeitseifer und Interesse der mitgenommenen Russen.

### Die neuen Herren!

Am Mittwochnachmittag gegen 4 Uhr kam es vor dem „Vorwärts“-Haus in Berlin zu einem bezeichnenden Zwischenfall. Mehrere junge Burken besaßen die Unverschämtheit, die vor dem „Vorwärts“-Haus versammelten Arbeiter mit den Worten anzupöbeln: „Das sind hier die Lumpen die uns drei-jährig Jahre lang betrogen haben“. Als zwei Schupos die Lummel zur Ordnung verwiesen, kürzten sich die Nazis auf die Polizisten, rissen sie zu Boden und mißhandelten sie. Das sofort alarmierte Ueberfallkommando konnte die Täter fassen.

### Neue Offizier-Anlage

Die Staatsanwaltschaft beim Landgericht III Berlin, hat gegen den Weltbühnen-Schriftleiter Carl von Offizier und den Schriftleiter Fritz Letens wegen übler Nachrede gegen Beamte des Reichsfinanzministeriums Anklage erhoben. Die Anklage bezieht sich auf zwei in der „Weltbühne“ erschienene Artikel, die sich mit der Zigarettenfirma Reemtsma befaßten.

### Zwei Schülerinnen in der Offsee ertranken

Bei Bad Cranz gerieten vier Schülerinnen einer Königsberger Haushaltsschule beim Baden an der Samlandküste in die Brandung und wurden in die See hinausgetrieben. Zwei Schülerinnen konnten gerettet werden.

### Liebermann 85 Jahre

Der Maler Professor Max Liebermann feierte am Mittwoch seinen 85. Geburtstag. In seinem Sommerhaus am Wannsee bei Berlin empfing er zahlreiche Gratulanten, unter ihnen eine Vertretung des preussischen Kultusministeriums und eine Abordnung der Akademie der Künste.

### Kein Auftreten des Kartoffelkäfers in Deutschland

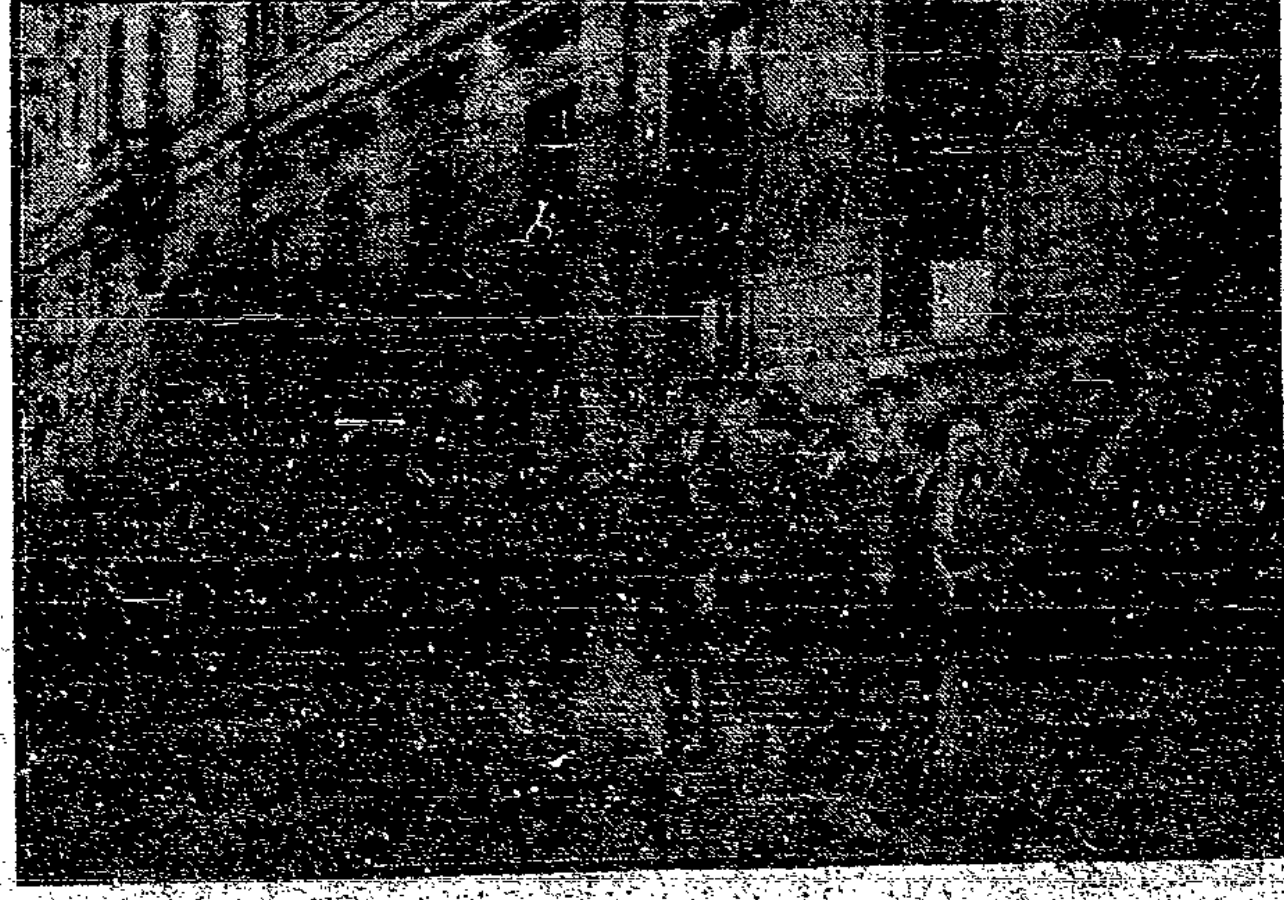
Meldungen über angebliches Auftreten des gefährlichen Kartoffelkäfers (Koloradokäfer) in Deutschland. So sollte der Käfer z. B. in der Gegend von Frankfurt am Main festgestellt worden sein. Hierzu wird amtlich mitgeteilt, daß die Untersuchung in allen gemeldeten Fällen ergeben hat, daß es sich nicht um den Koloradokäfer, sondern um andere harmlose Käferarten handelte. Der Kartoffelkäfer ist zur Zeit nirgends in Deutschland festgestellt.

### Ausnahmestand in Berlin



Oben: Reichswehr besetzt die Reichstanzlei. Links eine Abteilung Reichswehrsoldaten beim Transport von Munitionskisten für Maschinengewehre im Vorhof der Reichstanzlei — rechts ein Wagen mit einer Reichswehrgruppe, die mit umgehängten

Karabinern das Reichstanzlergebäude besetzt. Unten: Die Besetzung des preussischen Staatsministeriums durch eine Abteilung Reichswehrsoldaten.



### Der Luther-Attentäter

In dem Prozess gegen die Luther-Attentäter Dr. Kooßen und Kertcher vor dem Erweiterten Schöffengericht Berlin-Mitte wurde am Mittwoch mehrere Stunden verhandelt; am Nachmittag erfolgte Vertagung auf Freitag. Die Verteidigung stellte einen umfangreichen Beweisanspruch dafür, daß nicht nur Ansicht der Angeklagten, sondern auch nach der Meinung einer Reihe führender Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens die Geldpolitik Dr. Luthers und der Reichsbank den entscheidenden Grund für die deutsche Wirtschaftskrise darstelle. Die Verteidiger führten weiter aus, daß ihre Mandanten in einen überbelegten Notstand versetzt worden seien, weil trotz eingehender

Was bereitet Bürgerkrieg vor?

# Morphium und Opium für die „Kämpfende Truppe“

Die Zentrums Presse veröffentlicht folgenden Brief der Ratiborer SA-Standard 62 an die Drogerieinhaber dieser Stadt:

SA der NSDAP, Standard 62.

Ratibor, den 13. Juli 1932.

Sehr geehrter Herr Drogeriebesitzer!

Ihnen etliche Briefe mit unserem Standardarzt wende ich mich vor dem Ausbruch meiner SA-Männer zum Propagandamarsch an die deutschgerinnenden Besitzer der Ratiborer Drogerien mit der Bitte, brauchbares, aber vielleicht durch schadhafte Verpackung zum Verkauf nicht mehr geeignetes Verbandsmaterial oder Medikamente, die die marschierende und kämpfende Truppe benötigt, zur Verfügung zu stellen. Erwünscht sind Verbandsmaterial und Medikamente wie:

Verbandspapier, Mull, Zellstoff, Watte, Aspirin oder Aspirinersatz, Mixturen-Solvens-Tabletten, Essigsäure-Tonerde-Tabletten, Salicylalkohol, Migränestift, Baldrian Tropfen, Ätherische.

Für entl. abgegebene Opiumtinktur oder Morphium werden entsprechende Rezepte von unserem Standardarzt zur Verfügung gestellt. Ein Sanitätsmann wird sich erlauben, anzuschauen, ob einige oben angeführte oder für den Sanitätstornier geeignete Verbands- oder Arzneimittel zur Verfügung gestellt werden können.

Mit deutschem Gruß  
F. d. R. Grauert, bez. Heberzel, Standardenführer.

Dieses Dokument ist im Moment, da nach allem Janushauer Recht ein Leutnant und mehrere Mann zwar nicht mit dem Parlament, aber doch immerhin mit dem republikanischen Preußen aufräumen, von besonderem Interesse. Noch nie hat wohl seit Bestehen der deutschen Republik eine Arbeiterorganisation, auch keine kommunistische, ihre Propagandamärche so offen militarisiert, ihre Organisationsgruppen derart eindeutig als marschierende und kämpfende Truppe bezeichnet, noch nie in diesem Umfang für politische Propaganda Sanitätsmaterial benötigt.

Von besonderem Reiz ist die Bemerkung über die vom Herrn Standardarzt massenweise zu liefernden Giftpfeile. Es ist im allgemeinen sogar in Zientkreisen bekannt, daß Ärzte rezeptpflichtige Arzneien nur für den jeweils in Frage kommenden Fall, insbesondere aber Opium und Morphium nach den Bestimmungen des Opiumgesetzes ausschließlich bei Eintreten des Bedarfs und niemals für unbefangene Verwendung im voraus verschreiben dürfen.

Wird dieser Standardarzt, der wohl nicht allzu schwer zu ermitteln ist, zur Verantwortung gezogen?

## „Mord bleibt Mord“

Nazi provozieren in einer Kirche

Anlässlich eines Halentanzler-Kaufmarsches in Peterswaldau am vergangenen Sonntag war auch der Besuch der beiden Kirchen vorgesehen, wobei es den uniformierten Geleitschritten anheimend weniger auf kirchliche Würde, als auf politische Propaganda ankam. Da der katholische Ortsgeistliche sich aber demgegenüber das Mitbringen von Halentanzler in die Kirche verbat, entstand bald eine sozusagen „angeregte“ Stimmung im Kreise der katholischen Hitler-Landsleute; ein Teil von ihnen zog mit den evangelischen Kollegen in die evangelische Kirche, etwa 20 bis 30 katholische Nazis hingegen beachtet trotz dem fahnenverbot die katholische Kirche mit ihrem Besuch, wo es zu lärmenden Kundgebungen der umgebenden Besucher kam, als der Geistliche, Pfarrer Kretschmer, sich mit dem fünften Gebot beschäftigte und dabei kein Blatt vor den Mund nahm.

Als die Nazis hierauf — wohlgerichtet bei einer Predigt in der Kirche — zu protestieren versuchten, ließ sich der Pfarrer jedoch nicht einschüchtern, sondern rief ihnen mit erhabener Stimme zu „Mord bleibt Mord“, was die Nazis offenbar auf sich bezogen und entsprechend reagierten. Die Erregung der übrigen Kirchenbesucher war naturgemäß sehr groß, zumal die Nazis erneut zu protestieren anfingen, als sich der Pfarrer in seiner Predigt mit dem offenbar bei den Nazis ebenfalls nicht in hoher Achtung stehenden Gebot: „Du sollst nicht töten“ auseinandersetzen. „Mord bleibt Mord“, beschuldigte er. Es fehlte wenig, und es wäre zu tätlichen Auseinandersetzungen gekommen, wenn nicht die Halentanzler, offensichtlich unter dem Einbruch der Stimmung unter den übrigen Kirchenbesuchern, es schließlich vorgezogen hätten, ihre Lust zum Randalieren etwas einzuschranken. Gegen die Störer des Gottesdienstes ist Straf Antrag gestellt worden.

## Zusammenstöße

Der Kleinkrieg gewalttätiger Auseinandersetzungen in Schlesien geht unvermindert fort. Aus Oppeln wird aus überaus nachdrücklich berichtet, daß es dort am Sonnabend sogar zu Zusammenstößen zwischen Stahlhelmläutern und Nazi kam, wobei ein Stahlhelmläuter einen bedrohlichen Pistolenschuß abgegeben. Klüglich erschienen zwei Nazi mit Motorrad und gingen an die angelammelte Menge gegen die Soldaten aufzuheben, so daß diese schließlich die Wache in der Kaserne alarmieren mußte, die dann die Straße räumte. Die Provokateure verschwanden schnell mit ihrem Motorrad, so daß ihre Personalien nicht mehr feststellbar waren.

In Biegen kam es zu Reibereien zwischen Nazis und der antisemitischen Bevölkerung, als die Nazis in Uniform ihre Tribünen auf dem sogenannten Hoop abstellten, da ihre Kundgebung in der morgigen Nacht der Straße hinderlich sei, mit Rücksicht auf das Demonstrationsverbot auf dem Sportplatz stattfand. Die Nazi forderten pöbelhaftigen Schuß und wackelierten unter Bedrohung in das Brauereigebäude. SA-Leute, die Latzen und anderes Baumaterial als Waffen in die Hand genommen hatten, wurden festgenommen.

Zu einer Schieberei kam es am Dienstag in Weiden, da sich dort Kommunisten angeblich „zusammengerottet“ hätten, worauf die Polizei von der Sicherheitskommission macht, und einen kommunistischen Jugendführer über den Hals schlug, der bald darauf den erlittenen Verletzungen erlag; ein weiterer kommunistischer Parteimitglied wurde schwer verletzt. Die Staatsanwaltschaft Gsrlig hat die Ermittlungen über diese Verbrechen eingeleitet.

## Die „Rebellen“ Partei

führt Kandidaten auf

Im Wahlkreis Pommern hat die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei folgende Kandidaten aufgestellt:

Inspektor, Gsrlig, 6. Mag. Wobak, Landwirt, Reichenschlag, Ein Leutnant und Fernwanderer a. D., ein Telegrapheninspektor, ein zum „Schriftleiter“ avancierter Postbeamter, ein Landwirt und der Verteidiger der großkapitalistischen Betrüger Kahusen, das sind die wahrhaft würdigen Kandidaten dieser Aufrührerpartei.

## Nur Arbeiter

werden wegen Ohlau angeklagt

Das Ermittlungsverfahren über die Ohlauer Vorfälle nimmt immer größere Dimensionen an; fast täglich finden neue Verhaftungen statt, so daß die Zahl der in Untersuchungshaft genommenen Personen bereits 40 beträgt. Es handelt sich dabei ausschließlich um Mitglieder der „Eisernen Front“. Die Untersuchung ist jedoch noch nicht eröffnet. Die Verhafteten werden auf Anordnung der Brieger Staatsanwaltschaft hermetisch von der Außenwelt abgeschlossen. Niemand darf mit ihnen sprechen, weder ihre nächsten Verwandten noch ihre Verteidiger. Da es sich bei den meisten Verhafteten um Mitläufer bei den Krawallen handelt, die sich keine Tätschelten begangen und deshalb auch bei einer Verurteilung keine besonders schwere Strafe zu erwarten haben, ist eine derartige Behandlung der Sache höchst ungewöhnlich, zumal sich unter den Verhafteten Familienväter befinden, die ihre Arbeit verlieren. In dem Verfahren gegen die Nationalsozialisten“ anlässlich der bekannten Saalplacht in Schwelmbitz ist man wesentlich anders vorgegangen, obwohl damals die Tatbestände offensichtlich verbündelt und die Aussagen uniformiert wurden.

Den Verteidigern der Ohlauer Angeklagten, Rechtsanwalt Joerder-Breslau und Makielow-Breslau wurde bisher jede Akteneinsicht verweigert. Sie haben daher nunmehr Haftprüfungstermin anerkennen lassen, womit die Bearbeitung der Sache in die Hände von Richtern kommt. Selbstverständlicherweise ist kein einziger nationalsozialistischer Täter ermittelt worden, obwohl den Behörden reichlich Unterlagen für die Ermittlung der von nationalsozialistischer Seite begangenen schweren Ausschreitungen zur Kenntnis gebracht wurden.

## Zum Sterben zuviel

## aber zum Leben zuwenig

Aus dem Landkreis Breslau wird uns geschrieben: Nach der Novellverordnung vom 14. 6. 32 sind bekanntlich die Renten wie folgt herabgedrückt worden:

Knappsdenrente	um 8,— RM.
Witwenrente	„ 5,— „
Waisenrente	„ 4,— „

Da man sich über die Auswirkung dieser Maßnahmen unmöglich ein Bild machen kann, haben wir an einer ländlichen Ausschußstelle eine Zählung vornehmen lassen. Wir haben nicht etwa einzelne Renten herausgegriffen, sondern aufgenommen wie sie kamen.

1 Rente über 60,— RM.
5 Renten „ 40,— „
10 „ „ 30,— „
39 „ „ 20,— „
35 „ „ 10,— „
11 „ unter 10,— „

Im Durchschnitt je Rente, sage und schreibe 17,20 RM. Aus dieser Tatsache allein erkennt man, wie furchtbar niedrig die Rentenföhre allgemein sind. Vor der Kürzung betrug der Monatsdurchschnitt 22 RM. Grund genug für die Regierung der Nazibarone zum „Vollfahrtsstaat“ zu sprechen.

Der Jammer der betroffenen alten Leute, die ein Leben schwerer Arbeitsschmerzen hinter sich haben, läßt sich mit Worten nicht schildern. Wir mühten leider so manchen von diesen willenlos gewordenen Alten die Frage vorliegen: „Hast Du Dir Deine Wegger nicht selber gewählt?“

Rentner ermocht!

Siebt am 31. Juli „diesem Essen“ die Quittung.

**Breslau.** Die Spieler wollen Blut sehen. Die Bürgerkriegsverwunden allenfalls haben auch bei untern mildemwundern Spielstätten den Blutspott gewendet. So äußerte dieser Tage die Handlerin Seliger in der Kolonialstraße: „Na, wenn der braune Tag in Breslau sein wird, dann kommen vielleicht gleich dran, zuerst Kleinert, Ribben usw.“ Wir müssen hierzu selber bemerken, daß zum „Branntwein“ leider stets zwei gehören und die Arbeiter von Breslau sich ebenjowenig wie andere unbefangene in dritte Hände reich befördern lassen werden. Und andere Gesellschaften zeigen bei uns viel Sympathie für Dritte Reich und wenig für republikanische Kundschaf, so der Bilder-Magaziner in der Hauptstraße, seines Jahres-Jahrbücher der Breslauer Nazis in der Sorgenfrühjahrer. Anbänder mit Halentanzler bekommt man preiswert bei Herrn Kehränder in der Gartenstraße. Will man wissen, was sich in der Sorgenfrühjahrer ist, so bekommt man von dem Lehrling Steipe in der Firma Mailand in der Bahnhofstraße leicht erhaltbare Auskünfte, während Jahrgang Wiesner mit Wollschiff sein arde Jähne plumpert oder geht und im Preisleiden des Herrn Ralle der schnelle Heimesschnitt geschnitten wird. Stimmpraktischer ist allerdings der Fleischer Beyer, er läßt sich nämlich das Kapapier, genannt „Schleifische Tageszeitung“, nur in den Laden bringen, wenn keine Kundschaf da ist. Der Arbeiter und Angehörigen kann daher nur empfohlen werden, seine Heberführung in diesem Laden herbeizuführen. — Die Not des christlichen Gewerbes scheint übrigens in Breslau noch nicht so großen Umfang angenommen zu haben, als anderswärts, denn die Gemwärtigen der Reichsliste zeigen in Breslau recht namhafte Beträge zwischen 50 und 70 Mark.

**Jüdel, Sirtz auf der Straße.** Ein Motorradfahrer, dem ein eines Jungen janscher Hund über den Weg lief, versuchte sein Rad hier zu wenden und stürzte hierbei, lam aber mit leichten Verletzungen davon.

**Nationalsozialistische Demonstration der Eisernen Front.** Ein Vortrag beim Arbeiterklub der Eisernen Front. Der Zug begann in der Nähe der Nationalsozialisten. Nirgend kam es zu Zusammenstößen. Nur am dem Dammturm in Jüdel kam es zu einem Zusammenstoß, der durch einen „Heil Hitler“ in jüdelen Richtung herauf zu einem Lehrgang zu kommen, denn der Oberrichter befand sich auch unter den Demonstranten.

**Schwerer Unfall beim Pfeifen von Kindern.** Ein 21-jähriger Lehrling, der sich an der 30-jährigen Bauarbeiterin Johann J. aus Polansky befand, erlitt einen

## Die Haltung der Polizei

in der Zustift eines Ohlauer Handwerksmeisters

Zu den Erörterungen über die Haltung der Polizei anlässlich der Zusammenstöße in Ohlau erhalten wir folgende Zuschrift:

„Ihr Leitartikel vom Sonnabend, den 16. Juli über Ohlau hat die Schuld der Polizei nicht scharf genug beleuchtet. Ich will deshalb folgendes feststellen: Der Landrat Ehrenberger war in Urlaub, der Polizeikommissar von Ohlau, Stork, war ebenfalls in Urlaub. Sein Vertreter, der dienstälteste Wachmeister Fiebig — ein gutmütiger Mann — wurde von den Nazis nicht ernst genommen. Ihm standen zwei, im Höchstfalle vier Beamte zur Seite. Dies war die Polizeistärke in Ohlau, als die ersten Autos Tausende von Nazis aus Brleg brachten.“

Ein Ohlauer Handwerksmeister.

## „Geschäftsfinn der Nazilarzte“

Unter dieser Ueberschrift berichteten wir am 29. Juni von der Sitzung der Ärztekammer, in der über einen Vertrauensantrag für den antisemitischen Kammerpräsidenten abgestimmt wurde. 31 Mitglieder der Kammer votierten für das dritte ärztliche Reich, 6 dagegen und 14 Vertreter enthielten sich der Stimme. Hierzu wird aus dem Bericht der Kassnarzte des Kreises Breslau Statu naheestehenden Kreisen mitgeteilt, daß es sich bei dieser vielen Stimmhaltungen um Mitglieder des Vorstandes und des rassernein Ehrengerichtshandte, die aus prinzipiellen Erwägungen über diese Frage nicht abstimmten.

**Biegen.** Liegtiger Segelflieger in der Röhne nezuunglückt. Der Pilot der Seglergruppe des Deutschen Luftfahrerverbandes, der junge Student Rüdiger, ist auf der Wasserpumpe mit seinem Apparat „Der Senator“ abgestürzt. Rüdiger war sofort tot, während die Maschine, die wie Augenzeugen berichten, bereits in der Luft ihre Tragflächen verloren hatte, obllig zu Bruch ging. Als Ursache des Unglücksfalles vermutet man einen Defekt der Steuerung.

**Waldau.** Kreis Hannau. Der nasse Tod. Beim Baden in einem Teich erkrankte der Tischler Herrmann Bollmann. Man hörte die Hilferufe des Ertrinkenden, fand aber nur noch leere Kleider am Ufer. Die Leiche ist noch nicht geborgen.

**Breslau.** Um einen Naziumzug zu fotografieren, begab sich hier ein Kaufmannsgeld auf den Bahndamm an der Eisenbahnbrücke. Er wurde vom Trittbret eines Zuges erfasst und mußte mit einem Oberkörperbruch und anderen Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden.

**Mies.** Tod unter Tage. Auf der Grube-Grube II in Gollin bei Mies ereignete sich ein tödlicher Unfall. Der Wageneinführer Paul Scholtschek wurde von herabfallenden Kohlenmassen erschlagen.

in der Nähe liegenden Waldstück begeben, um dort Lindenblüte zu pflücken. Bei dieser Arbeit stürzte er von dem Baum herunter und blieb mit schweren Verletzungen liegen. Bis er später gefunden und in das Georgs-Krankenhaus geschafft wurde. Er hatte einen Wirbelsäulenbruch erlitten. Gestern ist er, an den Folgen dieser schweren Verletzungen gestorben.

**Sachsen.** Zweierlei Begebnisse. Wenn eine Holztafel mit einem Malat der Eisernen Front auf der Gemeindegasse steht und sich in der Nähe ein Barbierladen befindet, dann kann es vorkommen, daß sich der Inhaber dieses Geschäftes als unparteilicher Bürger stellt und zum Gemeindevorsteher läßt, damit er veranlasse, daß diese Tafel entfernt werde. Wenn jedoch die Nazis Wahlplakate zur Landtagswahl neben den Hausingang kleben und überbies die Halentanzlerfabne zum Bodenseiter herausschlagen, dann ist die Unparteilichkeit des Herrn Brief nicht verkehrt. Herr Brief ist eben „unparteilich“. Possentlich hat er genügend „unparteiliche“ Kundschaf.

**Kanth.** Nazi gegen Stahlhelm. Das mit so viel Reklame angekündigte Treffen der Stahlhelmer am vergangenen Sonntag dürfte kaum den Erwartungen der Veranstalter entsprechen haben. Mit den aus Breslau und Umgebung herangezogenen Mitgliedern kamen ganze 180 Teilnehmer zusammen. Ein Mittagskonzert auf dem Ring rief die besten Spielbürger zu Bestalkstundgebungen hin, die noch eine Steigerung erfahren als Ueber und Märche aus der vielgelesenen „alten Zeiten“ zu Gehör gebracht wurden. Nach der Kranienfeierlang erfolgte der bei solchen Gelegenheiten unvermeidliche Parodemark über den hiesigen Ring unseres Städtchens. Von der Einigkeit der „Saraburser Front“ scheint nicht mehr viel vorhanden zu sein. Wie an verschiedenen anderen Orten, kam es auch hier bereits am Sonnabend zu einzelnen Zusammenstößen der einseitigen Verbündeten, wobei die Nazis den Kürzerten sogen und von den Stahlhelmlern Prügel verabreicht bekamen. Die Überbitterung über den gemekten Naziüberfall am Vorsonntag die strengste Disziplin, die im Gegensatz zu den schreienden und schwebenden Worten Adolf Hitlers auch von den Veranfallenen in nordbildlicher Weise geübt wurde.

## Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau Land/Neumarkt/Nimpsch

Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartentor Breslau, Zimmer 17-19  
Telephon 3062, 3061  
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag, 19h-17h-19h

## Die Eisernen Front ruft!

Am Freitag, dem 22. Juli, 20 Uhr

Kundschaf: Lokal Lukas, Redner: Genosse Gottwald, Oders, Lokal Bruns, Redner: Genosse Kullis, Lokal Giesewitz, Lokal Giesewitz, Redner: Paul Lehmann, Ober-Sterbendorf, Lokal Biesel, Redner: Biele (WdK).

Am Sonnabend, dem 23. Juli, 20 Uhr

Kundschaf: Lokal Robert Jänisch, Redner: Genosse Kellermann, Lokal Robert Jänisch, Redner: Genosse Kellermann, Lokal Robert Jänisch, Redner: Genosse Kellermann, Lokal Robert Jänisch, Redner: Genosse Kellermann.

Kundschaf: Lokal Robert Jänisch, Redner: Genosse Kellermann, Lokal Robert Jänisch, Redner: Genosse Kellermann, Lokal Robert Jänisch, Redner: Genosse Kellermann.

Kundschaf: Lokal Robert Jänisch, Redner: Genosse Kellermann, Lokal Robert Jänisch, Redner: Genosse Kellermann, Lokal Robert Jänisch, Redner: Genosse Kellermann.

Kundschaf: Lokal Robert Jänisch, Redner: Genosse Kellermann, Lokal Robert Jänisch, Redner: Genosse Kellermann, Lokal Robert Jänisch, Redner: Genosse Kellermann.

Kundschaf: Lokal Robert Jänisch, Redner: Genosse Kellermann, Lokal Robert Jänisch, Redner: Genosse Kellermann, Lokal Robert Jänisch, Redner: Genosse Kellermann.